INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
30.5.1996
auswärts 3 DM
2,50 DM
IMPRESSUM:
HERAUSGEB: INTERIM E.V
GNEISENAUST. 2A 10961 B
VISDP CHARLOTT SCHULZ
Nr. 378

Demonstration

gegen die NATO-Tagung in Berlin

Mo., 3. Juni 96 · 17 Uhr · Adenauerplatz (U7)

FRIEDELHAIN DISCO KIEZ SOLI ! 1.6. 23 UHR RIGAER STR. 8

Hallo,
diese Woche hatten wir zu viele Papiere in unserem Postkasten. Also wundert euch nicht, wenn ihr eure Papiere weder im Heft, noch im Ordner findet.
Auch aus Platzgründen landeten diverse Anti-Nato-Texte im Ordner.
Einen Text hätten wir fast auch in den Ordner verbannt, weil er technisch so schlecht ist, daß er kaum noch lesbar ist. Gerettet hat ihn nur, daß er ein Volxsport ist (Seite 16).
Achtet doch im eurem eigenen Interesse auf bessere Qualität und Lesbarkeit.

¡Hasta la proxima!

"Hallo M.Untermeier, uns ist unklar, warum der "Sätzer" die letzten beiden Absätze deines Textes gestrichen hat. Bitte schreib noch mal, welche Version Du veröffentlicht haben willst."

Wir würden die Antwort abwarten, bevor der Artikel reinkommt, weil wir die letzten beiden Absätze eigentlich für wichtig halten. Wir haben beide Versionen gekriegt.

tschüs Red.Nr.377



Ordner:
diverse Anti-Nato-Papiere

Inhalt:

03 Prozeß gegen Benjamin R. Vega
Hausbesetzung in Klein Machnow
04 Gegen Nazi-Aufmarsch in Marzahn
Heute schon geflext?
05 Aufruf zur Anti-NATO-Demo und zur Demo gegen das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr
12 Atommüllager Greifswald/Lubmin
13 Republik Freies Wendland
Info zu Wagenburgen
14 Zur aktuellen Situation von Mumia Abu-Jamal
17 Ein Brief ins Exil
18 Totalverweigerer-Ini in Braunschweig durchsucht
19 Freiheit für Safoan Eid
20 Aufruf für einen revolutionären Block auf der Demo gegen Sozialabbau
22 Razzia bei "Ravage"
24 Aktion gegen Gentechnik
25 Diskussion zur Arranca 8
29 Käpt'n Saubärs Seemannsgarn
31 Termine

INTER•CONTINENTAL BERLIN

Mo, 3. Juni
17 Uhr
Adenauer-Platz

Kein Friede mit dem Imperialismus!

KOMMT ZUM PROZESS VON BENJAMIN RAMOS VEGA!

Am Montag, den 3. Juni um 11.00 Uhr wird der Widerspruch von Benjamin Ramos Vega gegen seinen als „unbegründet" abgelehnten Asylantrag vor dem Beliner Verwaltungsgericht öffentlich verhandelt.

Benjamin Ramos Vega ist ein katalanischer Genosse, der am 28.1.95 in Berlin verhaftet wurde und seitdem im Moabiter Knast in Isolationshaft sitzt. Der spanische Staat wirft ihm vor, die baskische Befreiungsorganisation ETA unterstützt zu haben und fordert von der BRD seine Auslieferung. Die Anklage gegen Benjamin beruht ausschließlich auf Aussagen, die von der Guardia Civil durch Folter eines baskischen politischen Gefangenen erpreßt wurden. Unter dem politischen Druck aus Bonn und Madrid hat das zuständige Berliner Kammergericht das spanische Auslieferungsbegehren für „rechtlich zulässig" erklärt, obwohl es die systematische Folter im spanischen Staat als Tatsache anerkannt hat. Benjamin hat gegen dieses Urteil beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde eingelegt. Mit einer Entscheidung ist Ende Mai/Anfang Juni zu rechnen. Sollte das höchste deutsche Gericht das Urteil bestätigen, hat das deutsche Justizministerium freie Bahn, um Benjamin an den spanischen Staat auszuliefern.

Benjamin hat für diesen Fall angekündigt, in einen unbefristeten Hungerstreik zu treten. Angesichts seines Körpergewichts von 50 kg und seines Gesundheitszustandes - er ist HIV-positiv und durch die lange Isolationshaft geschwächt - ist das eine existentielle Entscheidung. Der zuständige Berliner Kammerrichter Dr. Werner Nöldeke hat in einem Brief an die Verteidigung bereits gedroht, auf einen Hungerstreik von Benjamin mit Zwangsernährung zu reagieren. Das müssen wir verhindern! Zwangsernährung ist Folter!

Das Asylverfahren läuft parallel zum Auslieferungsverfahren und hat darauf keinen Einfluß. D.h.: auch wenn Benjamin als politischer Flüchtling anerkannt werden sollte, könnte er trotzdem an den Verfolgerstaat ausgeliefert werden. Es ist angesichts der Asylpolitik der BRD allerdings sehr unwarscheinlich, daß der Asylantrag wirklich angenommen wird.
Die Verteidigung will die Anwältin zweier von der Guardia Civil ermordeten Mitglieder des ETA-Kommandos Barcelona als Zeugin im Asylverfahren laden. Benjamin hatte 1991 in der Kommission zur Aufklärung der Todesumstände der beiden ETA-Militanten mitgearbeitet. In seinem Asylantrag hat Benjamin angegeben, daß er wegen dieser Arbeit im besonderen und aufgrund seiner langjährigen Solidarität mit dem baskischen Befreiungskampf im allgemeinen verfolgt wird.

Die öffentliche Verhandlung ist eine gute Möglichkeit, Benjamin kurz vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über seine Auslieferung unsere Solidarität zu zeigen.

Montag, 3.Juni, 10.30 Uhr
Verwaltungsgericht, 5.Stock, Zimmer 5102
Kirchstraße 7, 10557 Berlin-Moabit

Kommt zahlreich und rechtzeitig!
Warscheinlich werden Sicherheitskontrollen gemacht, bringt deshalb unbedingt einen Personalausweis/Reisepass mit.

Hoch die internationale Solidarität!
Keine Auslieferung von Benjamin an den Folterstaat Spanien!

DIE HÄUSER DENEN DIE DRIN WOHNEN

Am Dienstag, den 21.05. 96 haben wir das Haus am Zehlendorfer Damm 89 besetzt, das seit bereits 1989 leerstand.

Der Besitzer des Hauses ist der Spekulant und Waffenhändler Hubertus Boenicke aus Berlin-Zehlendorf. Wir haben mehrere Male mit ihm gesprochen. So sagte er uns er hätte kein Geld weder für die Sanierung noch für einen Neubau. Wir haben angeboten das Haus instandzusetzen und um Nutzungsverträge zu verhandeln. Doch Herr Boenicke möchte uns bis Dienstag raus haben und das Haus weiter leerstehen lassen. Aber er irrt, wir werden nicht gehen! Wir haben mit der Instandsetzung begonnen und das Haus ist inzwischen bewohnbar gemacht worden. Hier treffen sich SchülerInnen und Jugendliche - es passiert was.

In Kleinmachnow sind ca. 85% der BürgerInnen vom Verlust ihres derzeitigen Wohnraumes durch Rückübereignungen bedroht. Die "neuen" Besitzer, zumeist westdeutsche Bon(n)zen, wandten dabei üble Methoden an. Die Häuser werden zu Spekulationsobjekten gemacht und häufig dem Verfall preisgegeben.

Auch Berlins Innensenator Schönbohm (General der Bundeswehr a.D.) hat sich hier ein Haus an Land gezogen. Er ist für die Räumung von 6 Häusern in den Stadtbezirken Friedrichshain und Mitte verantwortlich; dabei handelte es sich in wenigstens 3 Fällen um ein illegales Vorgehen der Staatlichen Institutionen. Fast 100 Menschen verloren dadurch ihren Wohnraum. Wir lassen uns das nicht gefallen und versuchen uns die Häuser wiederzuholen! Doch der General hat bereits weitere Räumungen angekündigt.

Wir denken das Wohnraum Menschenrecht ist und keine Ware sein darf. Und da sind unsere Interessen und die der MachnowerInnen die gleichen und deshalb könnten wir sie gemeinsam artikulieren und gegebenenfalls auch zusammen durchsetzen.

Darum: Zehlendorfer Damm 89 bleibt!
Gegen Leerstands- und Vertreibungspolitik!
Keine weiteren Räumungen nirgendwo!
Zehlendorferdamm 89, Klein Machnow,
S-Zehlendorf, Bus 623 Haeckelstr. oder
10 min mit dem Fahrrad.

NAZI -Aufmarsch verhindern!

Dienstag, 4.Juni 1996
15.⁰⁰ Uhr Helene Weigel Platz

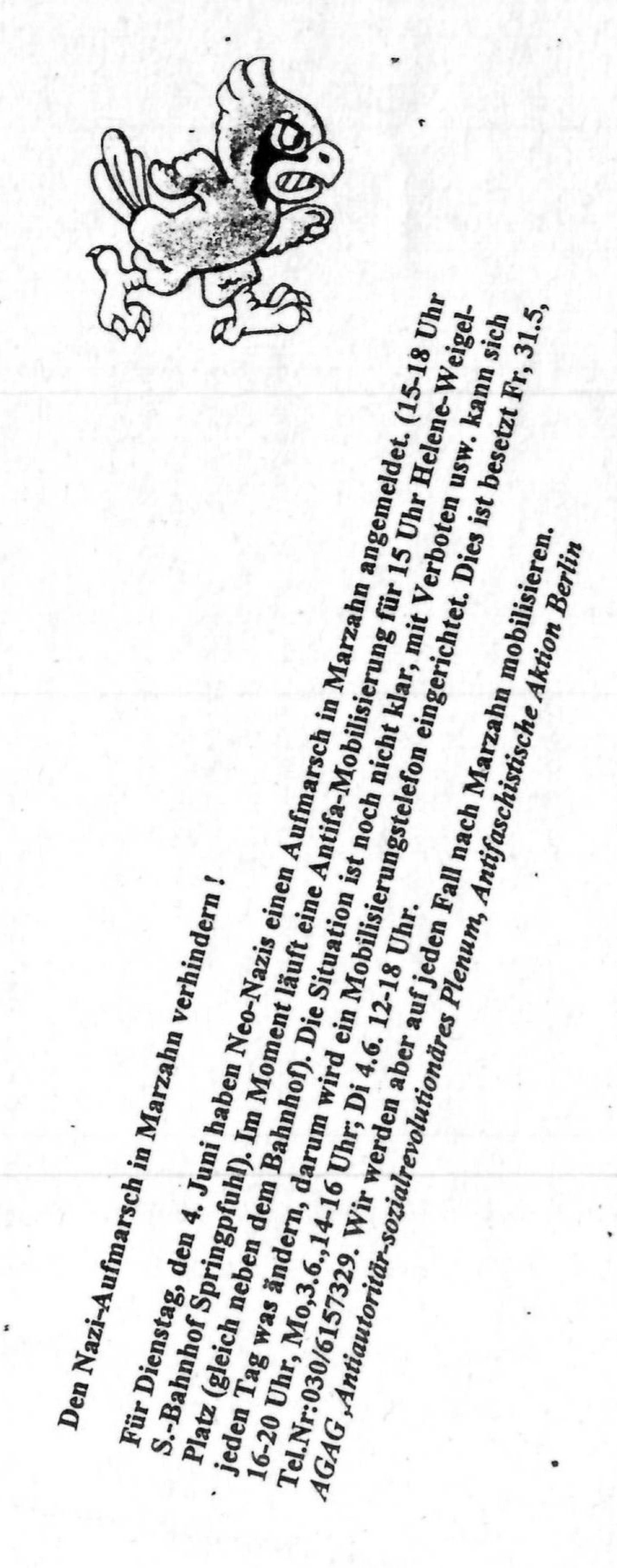
Am 1. Mai fand in Marzahn ein Aufmarsch von NPD /JN statt. Dieser wurde von ***Andreas Grim* „Kameradschaft Marzahn"** angemeldet. Mit ca.300 Teilnehmern und einigen Teilnehmerinnen, von **NPD/JN** bis **FAP**, "marschierten" sie vom S-Bhf. Marzahn zum S-Bhf. Springpfuhl. Durch eine schlechte Mobilisierung konnte den Nazis fast nichts entgegengestellt werden. Daraufhin plante der BV/VDN eine antifaschistische Kundgebung. Jetzt meldeten jedoch Neonazis erneut eine Demo für den 4.Juni 15.^{00}-18.^{00} Uhr vom S-Bhf. Springpfuhl zum Helene Weigel Platz an. Diese wurde von der Nationalen Alternative angemeldet und ist jetzt von den Bullen genehmigt. Daraufhin meldete die PDS für den **4.Juni 15.^{00} Uhr** am **Helene Weigel Platz** eine Antifa Kundgebung an. Selbst wenn diese nicht erlaubt wird, werden wir weiterhin zu dieser Zeit & diesem Ort mobilisieren und die Kundgebung durchführen. Von dort werden wir **ALLES MÖGLICHE** tun, um die Nazi Demo zu verhindern.



BRINGT PHANTASIE MIT !
VERHINDERT NAZI AUFMÄRSCHE !

Einige AntifaschistInnen aus den Neubaukiezen

V.i.S.d.P.: Klara Fall, Straße der Pariser Kommune 18-71, 10243 Berlin



Den Nazi-Aufmarsch in Marzahn verhindern !

Für Dienstag, den 4. Juni haben Neo-Nazis einen Aufmarsch in Marzahn angemeldet. (15-18 Uhr S.-Bahnhof Springpfuhl). Im Moment läuft eine Antifa-Mobilisierung für 15 Uhr Helene-Weigel-Platz (gleich neben dem Bahnhof). Die Situation ist noch nicht klar, mit Verboten usw. kann sich jeden Tag was ändern, darum wird ein Mobilisierungstelefon eingerichtet. Dies ist besetzt Fr, 31.5, 16-20 Uhr, Mo,3.6.,14-16 Uhr; Di 4.6. 12-18 Uhr.
Tel.Nr:030/6157329. Wir werden aber auf jeden Fall nach Marzahn mobilisieren.
AGAG ,Antiautoritär-sozialrevolutionäres Plenum, Antifaschistische Aktion Berlin

---

Heute schon geflext?

Baskische AktivistInnen sabotieren Staudamm

(cl) In den frühen Morgenstunden des 6. April sorgten acht Menschen aus dem Tal bei Itoiz im Baskenland mit der Flex zumindest vorläufig für den Erhalt ihres Dorfes. Sie sabotierten die Bauarbeiten eines in dieser Gegend geplanten Staudamms, der zur Zwangsevakuierung des Tals führen würde, und kappten vier Stahltaue, die einen großen Teil der bisherigen Baukonstruktion über eine Schlucht hinweg verbunden gehalten hatten. Nach Presseangaben wird diese Aktion den Bau des Staudammes um mindestens sechs bis neun Monate verzögern, der Sachschaden wird auf ca. 12 Millionen DM geschätzt. Der geplante Staudamm soll der Energiebeschaffung für die zahlreichen Industriestandorte im Baskenland dienen. Die Interessen einiger kapitalträchtiger Investoren und des Ministers für öffentliche Werke zählen auch hier mehr als die Interessen der Menschen, die in diesem Tal leben. Wie bei allen Staudammprojekten ist die Überflutung großer tiefgelegener Flächen notwendig, um für die Staumauer eine Fallhöhe zu erreichen, die eine Stromgewinnung rentabel macht. Die zentralisierung der Industrieproduktion und die damit einhergehende Zentralisierung der Energiegewinnung bringen auch hier eine Reihe negativer Effekte mit sich. Zum einen entstehen durch die Energieübertragung vom Stausee zu den Großverbrauchern Transportverluste bis zu 40%, die allein schon ein derartiges Großprojekt fraglich werden lassen. Zum anderen führt der Stausee selbst zu einer großflächigen Vernichtung einer gewachsenen Landschaft. Obwohl hier also eine sog. regenerative Energiequelle – Wasserkraft – genutzt werden soll, stellt das Projekt für die Region eine soziale und ökologische Katastrophe dar. Für die Menschen, die aus ihren Dörfern zwangsumgesiedelt werden sollen, können die angebotenen Plattenbauten und Wohnblöcke keine Alternative sein, die Überflutung großer Waldflächen mit all ihrer Konsequenz wäre ein unwiderruflicher Fehler. Die einzige Möglichkeit der Menschen, die dort leben, war und ist die Eigeninitiative gegen dieses Unternehmen. Bei der Aktion wurden die acht AktivistInnen verhaftet. Dennoch gehen baskische Linke von einem Erfolg der Aktion aus, der bewußt mit Knast erkauft wurde. Wie üblich schweigen sich die bürgerliche spanische Presse und die bundesdeutsche Medienlandschaft über die Vorgänge aus. Nur in der rechten baskischen Tageszeitung Deia durften einige Industriekonsule verlautbaren lassen, das „wahre Opfer" sei „die ganze Gesellschaft". Ungeachtet dessen fanden in den folgenden Tagen vor dem Knast mehrere Solidemos statt. Die Gefangenen selbst gaben an, von der berüchtigten Guardia Civil mehr als schlecht behandelt worden zu sein. □

KRIEG IST FRIEDEN FRIEDEN IST KRIEG!



Am 3. und 4. Juni treffen sich im Berliner Hochsicherheitshotel Interconti hohe NATO-Gremien. Schwerpunkte der Tagung sind die geplante NATO-Osterweiterung, die IFOR-Mission im ehemaligen Jugoslawien und der Ausbau des europäischen Pfeilers der NATO. Ferner will sich das Kriegsbündnis der Industrienationen als „neue NATO" präsentieren, die die Krisen des 21. Jahrhunderts aus imperialistischer Perspektive lösen soll.
An der Tagung des Nato-Kooperationsrat (NACC) werden neben den 16 NATO-Mitgliedstaaten noch weitere 31 vornehmlich osteuropäische Länder teilnehmen. Das Ziel der NATO-Osterweiterung ist die Festschreibung des Sieges über die ehemalige Sowjetunion und den Warschauer Pakt. Nicht umsonst finden diese Tagungen in der neuen alten „Reichshauptstadt" des wiedervereinigten Deutschlands statt, welches als europäische Hegemonialmacht den außenpolitischen Handlungsspielraum auch militärisch erweitern will. Die BRD will wieder eine führende Rolle im Konzert der imperialistischen Mächte spielen. Die BRD ist nicht nur die Gewinnerin von 40 Jahren NATO, sondern profitiert auch entscheidend von der Zurichtung der osteuropäischen Ökonomien gemäß dem Verwertungsinteresse der führenden Industrienationen.

Die NATO - ein Kriegsbündnis par excellence

Die NATO ist die politische und militärische Organisation der europäischen und nordamerikanischen Metropolen, die den imperialistischen Industriestaaten die Absicherung ihrer „vitalen Interessen wie ungestörten Zugang zu billigen Arbeitskräften, Rohstoffen und Absatzmärkten gewährleisten und die Basis ihres Reichtums, den kapitali-



"Der Haupfeind steht im eigenen Land"

(Karl Liebknecht)

In der zweiten Hälfte des 20 Jahrhunderts wurden die imperialistischen Staaten weltweit von Befreiungsbewegungen angegriffen. Kuba und Vietnam zeigten den USA, daß ihre Macht nicht grenzenlos und der Kapitalismus nicht allein selig machend ist. 1968 nahm die neue Linke in den Metropolen das alte Motto der Arbeiterbewegung „Hoch die Internationale Solidarität" auf, und malte Che Guevara und Ho Chi Min auf Transparente. Die Black Panther Party erklärte den rassistischen Verhältnissen in den USA den Krieg und dem Vietcong unter dem Motto „Bring the war home" die Solidarität. Die Metropolenguerillas von RAF bis Brigate Rosse nahmen auch im "Herzen der Bestie" den bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus auf. Über den weltweiten antiimperialistischen Kampf schien es möglich zu werden, durch das Zusammenwirken aller antagonistischen Kämpfe, Gruppen und Bewegungen, dem Imperialismus Gebiete und auch die Initiative zu entreißen, ihn quasi durch tausende Nadelstiche entscheidend zu schwächen. Doch Klassenkampf und der Kampf gegen jegliche Unterdrückung wurden von vielen Metropolenlinken in einen imaginären Kampf des Guten gegen das Böse transformiert. Die Stärke der antagonistischen Bewegungen schien sich zu multiplizieren. Wenn es mit der internationalistischen Gewerkschaftsopposition in Duisburg oder der Hausbesetzung im Frankfurter Westend nicht so recht klappte, siegten „Wir" schließlich in Vietnam. Che Guevara sagte damals, daß er die jungen Menschen in den Metropolen beneiden würde, daß sie im „Herzen der Bestie" kämpfen könnten, bevor er in Bolivien vom US amerikanischen Geheimdienst ermordet wurde. In den 80er Jahren fand man darüber hinaus in den weltweiten Brotrevolten und spontanen, sozialen Aufstände des trikontinentalen Proletariats, die Subjekte und den Treibsatz zur Überwindung des weltweiten kapitalistischen Ausbeutersystems. In Abgrenzung zu der Vorstellung einer von revolutionären Parteien und nationalen Befreiungsbewegungen vorangetriebenen weltweiten Revolution, setzte man nun auf die soziale Phantasie und sponta-

stischen Weltmarkt, garantieren soll. Sie dient den Profiteuren des fast allgegenwärtigen Elends dazu, ihre Interessen abzustimmen, interne Konflikte zu regulieren und mit vereinter Schlagkraft gegen alle Bewegungen und Staaten zu Felde zu ziehen, die die internationale Hierarchie und Profitverteilung korrigieren wollen. Die NATO wurde im April 1949 unter maßgeblicher Beteiligung der USA, die im 2. Weltkrieg zur Weltmacht aufstieg, als militärischer Arm und politische Koordinationszentrale gegründet, um laut Gründungscharta „das Wohlergehen im nordatlantischen Gebiet...und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ... allen Parteien (zu) fördern." Der spezifische Charakter und die relative Stabilität der NATO resultieren aus der Teilnahme fast aller führenden imperialistischen Staaten zur Durchsetzung ihrer übergreifenden Interessen. Hintergründe dieses Zusammenschlusses waren die Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs, die





erstmals verschiedene Staaten dem kapitalistischen Weltmarkt entzog, und die Einsicht in die Notwendigkeit eines internen Interessenausgleich, um ihre Geschäftsgrundlagen und Weltordnungsansprüche abzusichern. Unter der Maxime „Freiheit, Menschenrechte und Demokratie" wurde die kapitalistische Produktionsweise, die Freiheit des Privateigentums und bürgerliche Herrschaftsformen, die im Trikont zumeist die Gestalt von diktatorischen Folterregimes annahmen, bis in den hintersten Winkel der Welt getragen.

Die NATO versus Sowjetunion: Wettrüsten ?

Von Beginn an orientierte sich die NATO auf „containment" und „roll-back" der realsozialistischen Staaten. Dabei von einem Rüstungswettlauf zu reden, ist Mumpitz. Durch beständige Hochrüstung versuchte die NATO, ihre militärische Überlegenheit zu wahren und globale Kriegsführungsoptionen zu schaffen. Auch die „Entspannungspolitik" war nichts anderes als ein Versuch, politisch, ökonomisch und kulturell in den RGW destabilisierend hineinzuwirken, um eine Transformation der realsozialistischen Gesellschaften zu erreichen. Diese Politik konnte nur wegen der militärischen Überlegenheit der NATO realisiert werden, welche die Sowjetunion zum Stillhalten zwang. Dies sprach der ehemalige Adenauer-Berater und BRD-Botschafter bei der NATO, Wilhelm Greve, 1970 auch frank und frei aus: *„Die Politik der Entspannung ist letztlich Ausdruck der Umstellung auf modifizierte Ziele und Methoden: Verzicht auf alle kurzfristigen Bemühungen, die sich auf die Befreiung der osteuropäischen Völker vom Regime des Kommunismus... richten, Ausrichtung auf langfristige Prozesse der inneren Wandlung des Ostblocks, in deren Verlauf eine allmähliche Umformung des politisch-gesellschaftlichen Systems der Ostblockstaaten erhofft und nach Möglichkeit gefördert wird."*

Die NATO im Trikont.

So sehr sich die NATO bemühte, dem RGW den Garaus zu machen, so sehr bemühte sie sich auch, Interventionen ihrer Mitgliedsstaaten gegen Befreiungsbewegungen und Staaten im Trikont, die aus dem kapitalistischen Weltsystem auszubrechen versuchten, zu koordinieren und diese zu zerschlagen sowie abhängige Staaten und Potentaten unter Kontrolle zu halten. Nach der Niederlage der USA in Vietnam nahm das militärische Engegement kurzzeitig zugunsten der Unterstützung meist autoritärer Folterregime und dem Aufbau regionaler Ordnungsmächte wie z. B. dem Iran bis 1979 ab. Zu Beginn der 80er und der neuen Hochrüstungsphase begann mit der erfolgreichen Zurückdrängung der Sowjetunion eine erneute Ausdehnung ihres militärischen Engagement im Trikont, direkt wie im Falle Grenadas und Panama und indirekt in El Salvador, Nicaragua etc. Seine Ziele erreichte

ne Organisierung in Aneignungskämpfen der Marginalisierten und Unterdrückten von Kreuzberg SO 36 über die Vorstädte von Paris bis zu den Favelas von Brasilien. Heute sind die Blütenträume in naher Zukunft eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung zu erkämpfen in weite Ferne gerückt. Die trikontinentalen Befreiungsbewegungen wurden zerschlagen oder sind zu Regierungen und neuen Wirtschaftseliten geworden, die sich mit den Imperialisten arrangiert haben und jetzt gemeinsam die Ausbeutung der Bevölkerung organisieren. Die Aktivisten der neuen Linken sind längst Ministerpostenanwärter und Bellizisten geworden. Ho Chi Min Stadt heißt bald wieder Saigon. Cuba steht mit dem Rücken zur Wand. Die Metropolenguerrillas sind ermordet worden oder sitzen in den Isoknästen. Es hat sich herausgestellt, daß es mit den Gemeinsamkeiten von nationalen Befreiungsbewegungen, Metropolenlinken, antipatriachalen KämpferInnen nicht allzuweit her ist. Der Imperialismus hat sich international handlungsfähiger erwiesen als „wir". Der „frontabschnitt westeuropa" ist weggeknickt. Das Krankenhaus „Carlos Marx" in Nicaragua mußte wegen Geldmangels zu machen. Hat der Imperialismus gesiegt? Die Linke kämpft gegen den Imperialismus oder sie ist verloren. Sie sollte vielleicht da anfangen wo Che Guevara sie schon vor 30 Jahren haben wollte, im Herzen der Bestie, in unserem Fall bei den imperialistischen Plänen und Politik der BRD. Die BRD ist ein eigenständiger imperialistischer Staat und keine abhängige Agentur des US-Imperialismus, wie sie noch in den 70- und 80er Jahren auch von der radikalen Linken gehandelt wurde. Über die Osterweiterung der NATO will sie sich als Ordnungsfaktor Nummer Eins in Europa etablieren, die Kriegsziele Deutschlands der zwei Weltkriege sollen jetzt nicht gegen sondern mit den anderen imperialistischen Staaten erreicht werden, Osteuropa der Hinterhof der BRD werden. „Der Hauptfeind steht im eigenen Lande" - diese Parole gab Karl Liebknecht im ersten Weltkrieg aus. Sie ist heute noch aktuell. Angriffsziele für antiimperialistische Politik sind der wiederkehrende deutsche Militarismus, die deutsche Außenpolitik und der deutsche Revisionismus -kurz der „Standort Deutschland". Ein entscheidendes Problem dabei ist, daß das deutsche Staatsvolk die BRD Politik fast unhinterfragt mitträgt, weil es keine



Fortsetzung letzte Seite

das „erfolgreichste Militärbündnis der Geschichte" sowohl in Osteuropa als auch im Trikont. Ende der 80er Jahre begann der, nicht zuletzt durch die gesellschaftlichen Kosten der erzwungenen permanenten Nachrüstung verursachte, Zusammenbruch des RGW. Und auch mit den einst von Linken hoffnungsvoll beobachteten nationalen Befreiungsbewegungen war nicht mehr viel los. Entweder wurden sie zerschlagen, oder ihre Versuche eine menschenwürdige Gesellschaft aufzubauen scheiterten unter dem Druck vom Weltmarkt und nationalen korrupten Oligarchien. Auch die Sowjetunion bemühte sich um die Bewahrung ihrer eigenen Interessen in diesen Ländern und nicht auf die Unterstützung emanzipatorischer Bewegungen. Die Trikont-Politik der SU unterschied sich lediglich durch andere, gerechtere „terms of trade", die z.B. Kuba eine halbwegs eigenständige ökonomische Entwicklung überhaupt erst ermöglichten.

NATO nach 89



Entgegen den Phantastereien linksliberaler Traumtänzer brach mit der Auflösung des sozialistischen Staatenblocks keineswegs das erwartete goldene Zeitalter ohne Kriege, NATO und Militär an. Vielmehr nutzte die NATO die Auflösung des Warschauer Paktes 1991 zu einer Umstrukturierung, um auch in der neuen Situation schlagfähig zu bleiben.

NATO-Osterweiterung

Ein zentrales Ziel der NATO-Politik besteht in der Absicherung ihres Sieges über die realsozialistischen Länder. Kinkel, Bundesaußenminister, charakterisiert die Ziele von NATO und BRD in Osteuropa folgendermaßen: *„besonders wichtig...ist es, die Reformstaaten an die euro-atlantische Familie der europäischen Union und der NATO heranzuführen; damit können wir den Transformationsprozeß zu Demokratie und Marktwirtschaft unumkehrbar machen."* Durch ihre untergeordnete Einbeziehung in das westliche Sicherheitssystem soll im ein Kontrollmechanismus für die für durchaus wahrscheinlich gehaltenen sozialen und nationalistischen Eruptionen erlangt werden. Unter dem Motto „Demokratie und Marktwirtschaft" soll die Zurichtung dieser Länder auf den Weltmarkt stabilisiert und die noch vorhandenen militärischen Potentiale für NATO-Interessen nutzbar gemacht werden. Der erste Schritt dazu wurde 1991 durch die Gründung des Nato-Kooperationsrats unternommen, der die Annäherung der ehemaligen RGW-Staaten an die Transatlantiker und besonders ihre Abrüstung koordinieren sollte. Im zweiten Schritt beschloß die NATO 1994 ihr Partnership for Peace-Programm, das die Integration v.a. der Ex-RGW-Ländern durch


Sie wollen wieder nach Osten marschieren...?

gemeinsame Militärplanungen und Manöver vorantrieb. Die ersten Beitritte sind in Planung und werden Anfang 1997 bekanntgegeben, die heißesten Kandidaten sind Ungarn, Tschechien, Slowenien und Polen. Insgesamt stehen mehr als zehn Länder zur Debatte. Daneben verfolgt die NATO mit ihrer Ostexpansion auch das Ziel Rußland möglichst weitgehend zu isolieren, seinen Einfluß auf die Vorgänge in Europa zu minimieren und es „auf den Status einer möglichst beherrschbaren Außenregion jenseits von Europa" zurückzustufen. Ökonomisch eher uninteressant, findet Rußland in den Planungen der NATO-Strategen aufgrund seines militärischen Potentials, das alleine schon die Einbeziehung in die NATO verunmöglicht, vor allem Beachtung als möglicher Konkurrent und Krisenherd.

NATO-Einsätze Out of Area

Ihre vergrößerte Handlungsfähigkeit will die NATO in weltweites militärisches Engagement umsetzen. Durch „Machtprojektion" und Krisenmanagement" sollen überall „vitale Interessen" verteidigt und aus dem Ruder laufende Potentaten oder emanzipatorische Bewegungen zusammenkartätscht werden, falls sie allzu störend werden. Ihren Anspruch auf reibungslose Profitrealisierung und auf das oberste Gewalt- und Weltordnungsmonopol entsprechen auch die fortgesetzten Bemühungen des Bündnisses, die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern. Um alle möglichen und unmöglichen „Risiken und Instabilitäten"wirksamer als bisher bekämpfen zu können, werden weltweit einsetzbare Interventionstruppen aufgebaut, um die 1991 auf dem NATO-Gipfel in Rom beschlossenen „Out-of-area"-Einsätze durchführen zu können. Zur besseren Legitimation möchten sich die in der NATO organisierten Staaten zum weltweiten Meucheln und Metzeln sich am liebsten der UNO bedienen, die erst seit dem Niedergang des RGW in ihrem Sinne einsetzbar wird. Nicht umsonst stehen den 13 „friedenssichernden" UNO-Einsätzen in den Jahren 1945-1988 allein 14 neu beschlossene zwischen 1989 und 1992 gegenüber. Im Gegensatz zu früheren Einsätzen greift die UNO dabei zunehmend unter dem Deckmantel der „humanitären Aktion" in innere Auseinandersetzungen von Ländern ein, auf die die Imperialisten besonders begehrlich schielen. Den ideologischen Rahmen für diese Entwicklung stellt die 1992 von Boutros-Ghali eingebrachte „Agenda for Peace" dar, die

DEUTSCHLAND MUß STERBEN!

die Durchführung der neuen „friedenssichernden" und „friedenserzwingenden" Maßnahmen durch regionale Sicherheitsorganisationen unter formalem UNO- Mandat vorsieht denen sie das Etikett „Schutz der Menschenrechte" aufklebt. Solche Weltordnungsaktionen wurden u.a. im Irak 1991 und Somalia 1992 durchgeführt. Seit 1995 agiert die NATO im Rahmen der IFOR - Mission in Ex-Jugoslawien.

Weltarmutskonferenz: „Wachstum" statt Hunger ?

Angesichts der neuen Kräfteverhältnisse werden in den meisten Fällen allerdings weniger offensichtliche Mittel imperialistischer Machtausübung die NATO-Staaten auch zum „Erfolg" führen. Aber auch der imperialistische Alltag ist ein mörderischer Alltag. Diesem mörderischen Alltag widmete die UNO Anfang 1995 eine Tagung unter dem zynischen Motto „Weltarmutskonferenz". Dort trafen sich vom Vizepräsident der USA über deutsche Minister und afrikanische Diktatoren bis zu islamische Fundamentalisten alle, die über die Gründe für Hungertote in der Sahelzone, Staudammprojekte in Mosambik, Pestepedemien und den Währungscrash in Mexiko bestens Bescheid wissen. „Strukturelle Mängel", wurde zynisch mitgeteilt, seien die Ursachen für diese Zustände. In dieser „erfreulich unideologischen Bestandsaufnahme" nach dem Zusammenbruch des Sowjetunion wurde jegliche Bemühung, die Folgen des Weltmarkts zu kaschieren, aufgegeben. Für die Bundesregierung ist die Lösung ohnehin klar: *„Es besteht heute weltweites Einverständnis darüber, daß wirtschaftliches Wachstum die notwendige Bedingung für die Armutsminderung ist."*
Die strukturellen Bedingungen des Weltmarkts mit der Folge des ökonomischen Desasters für die meisten Trikontländer werden ignoriert: Trikontländer erhalten aus dem Verkauf von Rohstoffen und Agrarprodukten immer niedrigere Erträge, entsprechend geringere Devisenerlöse, sinkende Importe, steigende Staatsverschuldung bei ständig fallendem Anteil am internationalen Handel. Die „terms of trade" werden von den Befürwortern dieses Kapitalverhältnisses als gottgegeben hingenommen, die Vorstellung von der „invisible hand" und der Wachstumsfetisch werden zum Allheilmittel deklariert. Sorgen bereiteten den Befürwortern nicht die Folgen ihrer Wirtschaftsordnung, sondern lediglich die „Überbevölkerung" ihres Planeten mit Hungerleidern oder die Krise des heimischen Standorts. Der völkische Rentenoberst Blüm bringt die Befürchtungen auf den Punkt: *„Wenn die Bombe des Hungers platzt, wird ihre Sprengwirkung stärker sein als alle bisherigen und zukünftigen Explosionen der Atombombe. Die Welt wird in einem Chaos von Völkerwanderungen versinken."* Auch der SPIEGEL, ganz der nationalen Standort-propaganda verpflichtet, drückt seine Sorgen so aus: *„Kostenvorteile in Drittweltländern schädigen die Gesellschaften des Nordens. Das untergräbt den Wohlstand von Millionen Arbeitnehmern in den Industrieländern".*

Deutschland muß sterben!

Die BRD war nie ein von den USA besetztes Land, daß nur gezwungenermaßen deren Direktiven folgte, wie es große Teile der deutschen Friedensbewegung bis hinein ins linksradikale Spektrum behaupteten. Von Beginn an zielte die Politik der BRD darauf, eine Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu erreichen. Der Beitritt zur NATO 1955 stellte dabei nur einen lang angestrebten Zwischenschritt hin zur Wiedererlangung des deutschen Großmachtstatus dar, wie Adenauer 1954 vor dem CDU-Bundesvorstand betonte:" *Wir haben dann (nach dem NATO-Eintritt) auch den Status wieder errungen, den eine Großmacht haben muß. Wir können dann mit Fug und Recht sagen, daß wir wieder eine Großmacht geworden sind."* Auch in der Folgezeit biederten sich die BRD- Regierungen den USA als Juniorpartner an, um so nach und nach ihren außenpolitischen Handlungsspielraum zu erweitern. Diese Strategie hatte Erfolg. Die BRD wurde zu dem Gewinner der ersten 40 Jahre NATO-Geschichte, die "Wirtschaftswunder", Remilitarisierung, DDR-Anschluß und den Aufschwung zur EU- Führungsmacht erst ermöglichte. *"Moderne Macht ist Militärmacht"* (Adenauer). Um im Konzert der Großen mitspielen und ihre nun offen formulierten imperialistischen Ziele mit Erfolgsaussichten verfolgen zu können, bemühen sich die Bonner Strategen seit Ende der 80er Jahre verschärft darum, auch militärisch wieder global handlungsfähig zu werden. *„Solange wir uns...(nicht) zu militärischer Machtanwendung bekennen können, werden wir im zusammenwachsenden Europa eine untergeordnete Rolle spielen, werden Politik- und Handlungsfähigkeit verlieren"* (Klaus Naumann 2/1989), denn zumindest für die „Unabhängige Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr" ist *„weder in Europa noch in der Welt...ein Zustand absehbar, in dem Deutschland seine Interessen ohne Verfügung über militärische Mittel hinreichend wahren könnte."*

DER TOD IST EIN MEISTER AUS DEUTSCHLAND

Morden wegen Auschwitz

Den anvisierten Kampfeinsätzen der Bundeswehr stehen jedoch noch äußere, aber auch innere Widerstände entgegen. Um die gesellschaftliche Akzeptanz für deren neue Aufgaben zu verbreitern und die Weizäckersche Maxime *„Wir alle sind die Bundeswehr"* zu verwirklichen, läuft gerade eine große Kampagne, die auf eine Uminterpretation der deutschen Geschichte, besonders des Nationalsozialismus abzielt. Schon seit Ende der 70er Jahre böllert es verstärkt aus der revisionistischen Ecke, Hitler sei einziger Verantwortlicher für die NS-Verbrechen und alle anderen Deutschen seien in der inneren Emigration oder im konservativen Widerstand verortet gewesen. Sogenannte Historiker wie Nolte schieben die Verantwortung für Shoah und den von Deutschland begonnenen zweiten Weltkrieg auf die russischen RevolutionärInnen von 1917, die den „europäischen Bürgerkrieg" ja entfesselt hätten. Einen neuen Höhepunkt erlangt die revisionistische Propaganda mit dem „Morden wegen Auschwitz"- Argumentationsstrang, der sich bereits während des Krieges im Irak in Enzensbergers Versuch, Hitler mit Saddam Hussein gleichzusetzen, andeutete. Auch Außenminister Kinkel ist bemüht, deutsche Kampfeinsätze für deutsche Inter-





essen aus der deutschen Täterrolle bei der versuchten Vernichtung der Europäischen Juden nach 1933 heraus zu legitimieren: *„Deutschland betreibt eine wertorientierte Außenpolitik, deren Kernpunkte die Rechte des Menschen sind. Wo der Friede durch Rechtsbrecher gestört wird, wo die Würde und das Lebensrecht des einzelnen Menschen für nichts gilt, darf niemand abseits stehen. Dies ist Teil deutscher Erfahrungen: Wer dem totalitären Anspruch und der Aggression nicht rechtzeitig widersteht, wird dafür später umso teurer bezahlen. Gerade weil Deutschland vor 55 Jahren die Welt mit Krieg überzogen hat, will es heute so konsequent dem Frieden dienen".* Besondere Meriten um die Entsorgung der deutschen Vergangenheit und die Vorbereitung globaler Bundeswehraktionen haben sich dabei führende bündnisgrüne Kreise wie der Fischer-Clan gemacht, die die deutschen Militärs inzwischen bald ebenso lieb gewonnen haben wie den Bundestag und während des Bürgerkrieges in Jugoslawien permanent deren Einsatz gegen den „serbischen Faschismus" forderten. Begleitet von dieser Bundeswehr- und Kriegswerbekampagne kehrt die BRD scheibchenweise auch als Militärmacht auf die Bühne der Weltpolitik zurück. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien Rühes von 1992 wurde die Interessenwahrung durch deutsches Militär erstmals formell zu dessen zentraler Aufgabe erklärt. Seitdem erfolgt ein *„tiefgreifende(r) Umbau der Bundeswehr, der an vielen Stellen einem Neubau gleichkommt"* (Naumann 1994) damit diese ihre *„Stabilitäts- und Gestaltungsfunktionen"* wahrnehmen kann. Zentral ist dabei der Aufbau von sich aus Berufs- und Zeitsoldaten zusammensetzenden, weltweit einsetzbaren „Krisenreaktionskräften". Der neue Elitesoldat ist nach den Vorstellungen Naumanns *„ein Soldat, der auch fern der Heimat versucht, Krisen von seinem Land fernzuhalten, das während seines Einsatzes weiter in Frieden lebt. Eine neue Dimension für deutsche Soldaten, die ähnliches in diesem Jahrhundert bislang nur zweimal vor 1945...erlebten."* Offen artikuliert Naumann hier die Absicht der Bonner Kriegsplaner an die wilhelministischen Großmachttraditionen anzuknüpfen, indem er sich positiv auf deutsches „Krisenmanagement" in China 1900 und Namibia 1904 bezieht. Genauso wie sie damals den chinesischen Boxeraufstand und den Aufstand der Hereros, die von der deutschen Soldaten in die Wüste getrieben und dort eingekesselt wurden, um sie verdursten zu lassen, niedermachten, wollen sie auch in naher Zukunft wieder mit allen umgehen, die ihren Interessen zuwiderhandeln. Welche Folgen die neue, imperialistisch ausgerichtete Bonner Außenpolitik haben kann, zeigte sich im Falle Jugoslawiens. Durch die frühzeitige Anerkennung u.a. Kroatiens trieb sie den Zerfall des angeblichen „Vielvölkergefängnisses" mit der Absicht voran, sich in Südosteuropa als neue Ordnungsmacht zu etablieren und trug in letzter Konsequenz entscheidend zur Eskalation der Kämpfe bei.

...und tschüß !

Solidarität mit allen linken politischen Gefangenen !

Der Kampfzyklus der 'Neuen Linken' nach 1968 war auch geprägt vom Glauben an revolutionäre Veränderung in relativ kurzer Zeit. Die Kämpfe hier in der Metropole wurden im internationalen Zusammenhang mit den nationalen Befreiungsbewegungen gesetzt. Ein nicht unbedeutender Teil der radikalen Linken zog daraus die Konsequenz, sich auch in der BRD illegal zu organisieren und bewaffnet zu kämpfen..
Bedeutende Gruppierungen waren die RAF, die Bewegung 2.Juni und die Revolutionären Zellen (RZ).
Bis heute werden Menschen aus diesem Kampfzyklus in deutschen Knästen gefangengehalten, und wie aktuell Birgit Hogefeld in Frankfurt, abgeurteilt.
Diesen politischen Gefangenen gehört unsere Solidarität.

Hallo Hanna Krabbe, schön daß du wieder draußen bist!
Schluß mit der Prozeß-Posse gegen Monika Haas
Solidarität mit Birgit Hogefeld
Die politischen Gefangenen müssen raus!



Überhaupt schwingen sich die Bonner Strategen, den Traditionen völkischer deutscher Außenpolitik folgend, als Vorreiter des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker" und des "Minderheitenschutzes" auf, da dies der Absicherung ihrer Interessen in Osteuropa dient. Durch Zusammenfassung deutsch definierter „Volksgruppen" wird dort ein Potential geschaffen, daß Wühlarbeit im Sinne der deutschen Ziele betreiben kann und dazu nutzt , Druck auf die dortigen Regierungen auszuüben.

Um die osteuropäischen Staaten in ein neues Deutschmark dominiertes Europa integrieren zu können, besteht für die BRD vorerst keine Alternative zur NATO. Diese sichert die Anbindung der USA an Europa, die als einzige. Macht die Neutralisierung des russischen Einflusses garantieren kann und bildet ein Gegengewicht gegen Frankreich und England, die ansonsten aufgrund ihres größeren Militärpotentials mehr Einfluß auf die Definition der strategischen Ziele hätten. Sich vordergründig der USA als NATO-Führungsmacht freiwillig unterordnend, betreibt jedoch gerade die BRD gleichzeitig eine „Europäisierung der NATO", die Stärkung des „europäischen Pfeilers der NATO" durch den Aufbau eigenständiger europäischer Militärstrukturen, die vorerst noch der NATO untergeordnet sind, nichts desto Trotz aber auch Militäraktionen ohne Beteiligung der NATO ermöglichen sollen, um so ihren Einfluß innerhalb der NATO zu steigern. Zu nichts anderem dient Wiederbelebung der bis 1992 vor sich hindümpelnden WEU. Die Ziele der Westeuropäische Union (WEU) wurden im Maastrichter Vertrag vom 7.2.1992 neu festgelegt. Die WEU soll stufenweise zur „Verteidigungskomponente der EU und als Mittel zur Stärkung des Europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz" entwikkelt werden. Die WEU soll direkt mit der EPZ, der außenpolischen Koordinierungsstelle der EU zusammenarbeiten. Die EPZ organisierte den Boykott Argentiniens im Falkland-Krieg, formulierte die Position der EU-Staaten zum Golfkrieg (1990-91), zur Auflösung der Sowjetunion (1991) und insbesondere zum Zerfall Jugoslawiens. Wichtig in diesem Zusammenhang sind die Bemühungen der BRD und Frankreichs um das Eurokorps, welches aus 50000 Soldaten besteht und die neue Kommandostruktur der NATO, die „Combined Joint Task Forces", die bei der NATO-Tagung in Berlin verabschiedet werden soll.

Autoritäre Formierung nach Innen

Mit der auf allen Ebenen vorangetriebenen Rückkehr Deutschlands als auch militärisch handlungsfähige Großmacht geht auch im Inneren eine groß angelegte Deregulierung und Profitumverteilung vonstatten. Um ihre Ziele zu erreiche, spielen sie die nationalistische Karte, die be-





reitwillig von unten aufgegriffen wird. Nicht umsonst propagiert Schäuble als *„die Identifizierungs- und Akzeptanzgrundlage für den Staat...die Nation...(,die allein) die innere Bereitschaft der Menschen, sich solidarisch und selbstlos für das Gemeinwohl einzusetzen"* wecken könne. Dabei wird die nationale Offensive von einer inneren Militarisierung der Gesellschaft begleitet, die als erste die kurdischen politischen ImmigrantInnen zu spüren bekommen, denen gegenüber Deutschland auf der Seite des NATO-Partners Türkei als offene Kriegspartei auftritt. Seit Beginn der Düsseldorfer PKK-Prozesse 1989 verschärft sich die Kriminalisierung kurdischer Vereine, Informationsveranstaltungen werden angegriffen, Demonstrationen unter dem Vorwand des Zeigens verbotener Symbole angegriffen und zerschlagen, unzählige angebliche PKK-AktivistInnen mit Verfahren überschüttet und mit Abschiebung bedroht. Jüngster Höhepunkt war die rassistische Kampagne rund um das Newroz-Fest 1996, die in einer weiteren Verschärfung des Ausländerrechts und der Stigmatisierung der KurdInnen als TerroristInnen gipfelte. Klar ist, wer gegen ihre Ambitionen auftritt, hat sich warm anzuziehen., wie auch die Kriminalisierung von Militär- und ZwangsdienstegegnerInnen und die Vorstöße hin zum besonderen „Ehrenschutz" für Bundeswehrsoldaten.

What's going on...

Das Verschwinden jeglicher Alternative von den Landkarten und aus den Köpfen erleichtert es den Herrschenden in den Metropolen sozialstaatliche Kompromisse abzubauen und die Krise direkt nach unten weiterzugeben. Weltweit steht der Militärapparat des Westens konkurrenzlos da. Kredite gibt es nur noch vom IWF, und dessen Auflagen werden immer eindeutiger. „Stabilität" vor Menschenleben. Jegliche unerlaubte Einmischung in das große Spiel wird mit Sanktionen bis hin zum Krieg bestraft. Dennoch stellt sich die Frage, ob der „Sieg" des Kapitalismus, das „Ende der Geschichte" nicht ein Phyrrussieg sein wird. Es ist das alte Lied. Der Kapitalismus ist vielleicht imstande, seine Wachstumsraten bis zu einem gewissen Grad zu halten und einer begrenzten Zahl von Menschen einen überdurchschnittlichen Wohlstand zu garantieren, aber für eine übergroße Mehrheit der Menschen weltweit hat er bestenfalls im nationalstaatlichen Rahmen betrachtet eine ungerechte Wohlstandsverteilung, global Hunger und Tod zur Folge. Von der Zerstörung der Lebensgrundlagen ganz zu schweigen. Auch wenn momentan kein revolutionärer Aufbruch in Sicht ist, werden wir hier in der Metropole, im Herzen der Bestie, den Herren der Welt und ihrer neuen „Weltordnung" unseren Widerstand entgegensetzen.

Deutschland pulverisieren!!

Gegen die herrschende Weltordnung!



ViSdP: Arne Anka
Allee d. Kosmonauten 144 12683 Bln

Fortsetzung von Seite 3

Alternative dazu sieht und unter dem Druck drohender Verarmung sein Heil mal wieder in der Kollaboration sucht, denn der Sozialabbau und die fortschreitende autoritäre Formierung nach Innen, hat als kostenlose Zugabe deutsche Überheblichkeit, die zwar nicht den Geldbeutel füllt aber es noch dem letzten Hosenpisser ermöglicht sich klassenübergreifend an die Seite des Bundeskanzlers zu stellen, über alle in der Welt. Deshalb ist es notwendig die Stützpfeiler des Imperialismus im Inneren der imperialistischen Staaten anzugreifen, die dessen Methoden und Ziele wiederspiegeln. Unser Kampf gilt dem Rassismus der Herrschenden ihren Ausländergesetzen und ihrer Selektions und Abschottungspolitik, die mit der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl und der immer schneller und perfekter laufenden Abschiebemaschinerie immer weiter eskaliert. Bündnisspartner sind die wenigen verbliebenen Pazifisten und Antimilitaristen, die dem rechten Mainstream widerstehen. Eine Linke die nicht vor Ort, internationalistisch handelt kommt über den Status „wir halten unseren Kiez von allem Bösen sauber" nicht hinaus, und deshalb wird es diese Demo geben.

Seid realistisch fordert das Unmögliche!

Deutschland muß sterben!

Liebe Grüße an alle die mit Beugehaft bedroht werden und alle die auf der Flucht sind.
Lest und bleibt radikal!
Weg mit allen Zwangsanstalten!





Kein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr vor dem Schloß Carlottenburg in Berlin

Give peace a chance!



VON DER ARROGANZ DER MACHT
oder WIEVIEL DEMOKRATIE VERTRÄGT DER ATOMSTAAT ?

Ab Montag den 20.05.96 sollte in Greifswald/Lubmin der Erörterungstermin zur Genehmigung des weltweit größten oberirdischen Atommüllagers des „Zwischenlager Nord" (ZLN) stattfinden. Das Atomgesetz schreibt einerseits die Auslegung der Baupläne und öffentliche Erörterung des Bauvorhabens vor, andererseits paßt es der Atomwirtschaft natürlich überhaupt nicht in den Kram sich in die Karten gucken zu lassen.

Wie in der Atombranche üblich, werden erstmal Tatsachen geschaffen, d. h. das ZLN ist fast fertig gebaut. Die Hallen für schwach- und mittelradioaktiven Abfall sind bereits in Betrieb genommen worden, ohne atomrechtliches Genehmigungsverfahren versteht sich. Die Halle für die hochradioaktiven Abfälle ist auch fast fertig und nur um diese ging es bei diesem Termin.

Dank der mühevollen Kleinarbeit der örtlichen BI kamen immerhin 15000 Einwendungen, davon 4000 aus Polen, zusammen. Natürlich ist den meisten Menschen klar, daß es sich bei einer derartigen Veranstaltung um eine scheindemokratische Farce handelt, aber die Arroganz derart vorgeführt zu bekommen wollten wir uns nicht entgehen lassen.

Wer also wußte wo und wann der Termin stattfindet (Eingeladen wurde lediglich über eine Ankündigung im Bundesanzeiger!) und über freie Zeit und Auto verfügte konnte problemlos teilnehmen. Die armen ZLN'er hatten nämlich (trotz intensiver Bemühungen wie sie beteuerten) keinen geeigneten Veranstaltungsort gefunden und noch nicht einmal eine Grünfläche in Greifswald erhalten und mußten das Fest-Zelt direkt neben dem ZLN aufschlagen.

Das ZLN hat zwar einen Bahnanschluß, aber wer glaubte dieses Verkehrsmittel sei für den Bürger da, wurde von der Bahn AG (zu 17% am AKW Neckarwestheim beteiligt!) schnell eines besseren belehrt: Der Personenverkehr sei wg. Reparaturarbeiten an der Strecke eingestellt, ein Bus würde bereitstehen.

Daß dieser Bus nicht ausreichte und am selben Vormittag über diese Schiene auch noch zwei Atommülltransporte nach Morsleben geschickt wurden, paßte ins Bild dieser Veranstaltung: Einerseits die Atomvertreter mit abgeteiltem und geheiztem Separee, kompletter Küche, Büroausstattung und Toiletten, scharf bewacht von einer Truppe die auch gut als Saalschutz für Schönhuber getaugt hätte, andererseits die Einwender/Innen, ohne Strom- und Telefonanbindung in diesem kalten und zugigen Zelt, was auch nur über einen mäßig abgedeckten Schlammpfad zu betreten war.

Gekommen waren etwa 200 Einwender/innen, eine bunte Koalition aus vielen Jugendlichen, Anwohner/Innen, Altaktivisten aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter „Prominenz" von anderen Standorten, Bundes- und Landtagsabgeordnete der Grünen. Arschkalt war es, doch das störte die vielen Kinder nicht am Spielen, mitgebrachte Trommeln und Volleybälle sorgten für eine lebendige und lockere Atmosphäre auf der Einwender/Innenseite während die Betreiber-Fuzzys steif und gelangweilt an ihren Stühlen klebten.

Nach mehreren Stunden gelang es schließlich, auch den öffentlichen Teil des Zeltes zu beheizen, somit es also losgehen konnte. Der Rechtsanwalt der Einwender/Innen, Herr Baumann, der bereits in Wackersdorf sämtliche Gerichtsverfahren gewonnen hat, stellte als erstes fest, daß zwar eine Menge Hirnschmalz auf der Gegenseite versammelt sei, aber die Zuständigkeiten falsch verteilt und eigentlich die verkehrten Leute auf dem Podium säßen.

Anträge der Einwender/Innen das Verfahren an einem besser erreichbaren Ort und am Wochenende durchzuführen wurden ebenso abgelehnt wie die Stellung eines Busses, bzw. die Bezahlung desselben. Das Auskunftsersuchen, weshalb die Bahn ausgerechnet an diesem Tage den Personenverkehr einstellt, aber Atommüll über die Strecke kutschiert, wurde zwar nicht abgewiesen, aber auch nicht beantwortet.

Michael Sailer vom Ökoinstitut zeigte anhand von mehreren Beispielen auf, daß die Unterlagen völlig unzureichend, an entscheidenden Stellen falsch und irreführend seien. Der dickste Hund: Entgegen den Beteuerungen von ZLN sollte laut Antrag auch Atommüll z. B. aus La Hague einlagerbar sein. Begründet wurde dies damit, daß es sich um alte Unterlagen handeln würde, die noch nachgebessert würden. Auf intensives Nachfragen mußte der TÜV (Niedersachsen/Sachsen-Anhalt) als „unabhängiger" Gutachter zugeben, daß Ihnen auch schon „Diskrepanzen" aufgefallen seien. Dies hätten sie ZLN auch mitgeteilt, eine Liste der Mängel gäbe es aber nicht.

Einen derart schlampig vorbereiteten Erörterungstermin hatten selbst die „alten Hasen" noch nicht erlebt und verschafften sich mit teilweise recht deftigen Äußerungen Luft, was die Gegenseite allerdings meist nur mit einem müden Lächeln quittierte. Deutlich war in deren Gesichtern abzulesen, was sie von dieser Veranstaltung hielten: Zeitverschwendung. Nach dem Motto: Was wollt ihr überhaupt, wir machen sowieso was wir wollen.

Um klare Antworten zu erhalten mußten manche Einwender/Innen ihre Fragen mehrmals wiederholen. So mußte das BFS schließlich zugeben, daß die Antragsteller auch nach diesem Erörterungstermin , noch bis zum Zeitpunkt der Genehmigung, immer neue Unterlagen einreichen und den Antrag nach ihren Bedürfnissen verändern können.

Der Versammlungsleiter Dr. Kollin, Bundesamt für Strahlenschutz (BFS = „unabhängige" Genehmigungsbehörde), mühte sich redlich die Fassung zu bewahren, auch wenn es aufgrund der geschilderten Umstände zu teilweise sehr emotionalen und heftigen Wort-Attacken kam. Nur als ihn ein Einwender als Genossen Vorsitzenden titulierte, platzte ihm dann doch der Kragen: „Sie können mich überhaupt nicht beleidigen" herrschte er ihn an, woraufhin die 82-jährige Elisa Kauffeld aufsprang und lautstark Verständnis für die Emotionen der jungen Menschen einforderte.

Wundersamerweise findet sich ein Geschäftsführer Tritscher auch auf der Gehaltsliste der ZNL, war er doch vorher bereits Geschäftsführer der skandalösen „Gesellschaft für Nuklearservice" (GNS). Ein Herr Gottwohl (oder so ähnlich) vom Bundesamt für Umwelt und Reaktorsicherheit erwiderte auf die Frage, weshalb denn die Genehmigung für wesentlich mehr CASTOR-Behälter beantragt worden seien als in Lubmin und Rheinsberg anfallen und die Befürchtung bestände demnächst die CASTOR-Transporte aus La Hague nach Lubmin zu fahren: Sie bräuchten keine CASTOR-Behälter aus La Hague oder anderen AKW nach Lubmin zu schicken, da ja in Gorleben ein ausreichend großes Lager zur Verfügung stehe. HÖRT HÖRT!

Gerne hätten wir auf der Rückfahrt noch das Hüttendorf gegen die Ostseeautobahn in Jarmen besucht, beim nächsten Mal ....

„Freie Republik Wendland/Außenstelle Berlin" c/o Anti-Atom-Plenum, Kurfürstenstr. 14, Tel.: 2616252

REPUBLIK FREIES WENDLAND

- Erklärung zur Einlagerung der Glaskokillen -

Am 8. Mai gegen 13 Uhr hat der sog. Castor - Behälter mit Glaskokillen aus der französischen WAA in La Hague das "Endzwischenlager" in Gorleben erreicht. Unser Ziel, "den Castor verhindern bevor er losfährt", konnte folglich nicht erreicht werden. Dennoch sollte uns diese Niederlage nicht übermäßig verdrießen oder gar in Frustration und Resignation treiben, denn wir haben viel erreicht!

Protest und Widerstand sind gewachsen. Sie haben an Qualität und Quantität zugenommen, haben den größten Bullizeieinsatz der Geschichte der BRD herausgefordert und den ökonomischen Preis für die Durchführung dieser Transporte erneut in die Höhe getrieben. Hinzu kommen jene Kosten, die durch Aktionen des zivilen Ungehorsams und gezielte und wirkungsvolle Sabotage verursacht wurden.

Doch auch der politische Preis ist gestiegen. Den Menschen im Landkreis Lüchow - Dannenberg und auch vielen darüber hinaus ist deutlich geworden, von wem hier die Gewalt ausgeht. Nicht diejenigen, die aus Verantwortung und Sorge um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen auf die Straße gehen sind gewalttätig, sondern der Staat. Ein Staat, der rücksichtslos die Interessen der Atommafia durchprügelt; der die Profitinteressen von wenigen über die Lebensinteressen großer Bevölkerungsteile stellt. Ein Staat, der menschenverachtende Technologien fördert und so selbst menschenverachtend wird. Einen solchen Staat wollen wir nicht, denn:

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht

Uns ist bewußt, daß sich unser Protest und Widerstand nicht im Kampf gegen Atomanlagen erschöpfen darf. Die Machthaber dieses Landes werden nicht menschlicher, wenn einige Atomanlagen abgeschaltet werden. Ihre Grundhaltung: Wirtschaftsinteressen und Gehorsam sind wichtiger als die Lebensinteressen der Menschen, wird dadurch nicht berührt. Wir sehen die Auseinandersetzung gegen den Castor und damit für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen als Teil all jener Kämpfe, in denen sich die Menschen gegen die herrschenden Verhältnisse auflehnen. Gegen Sozialabbau, Einschränkung von Freiheitsrechten genauso wie gegen Faschismus, Rassismus und patriarchale Strukturen.

Abschließen möchten wir mit der Feststellung, daß es natürlich, auch bezogen auf Castor- und andere Atomtransporte, noch eine Menge zu tun gibt. Sowohl unsere Aktionen als auch unsere Strukturen könnten besser werden.

Eine Gelegenheit der gemeinsamen Nachbereitung - mit Blick nach vorn - bietet sich am 1. Juni um 12.00 Uhr in den Trebeler Bauernstuben.

Wir machen weiter! Wir werden keine Ruhe geben!

Und ein letztes: Ihr wart super !!!

gez. der Rat für auswärtige Angelegenheiten der Freien Republik Wendland, im Mai 1996



INFO

Wegen Räumung des mobilen Stellplatzes Kreuzdorf (X-berg) und Bethaniendamm (Mitte)

Die Wagenburg Kreuzdorf existiert seitüber 11 Jahren und der zugehörige Stellplatz für mobile Wagen besteht seit 8 Jahren.

Am 21.05.1996 wurde im Rathaus Kreuzberg in einer nichtöffentlichen Bezirkssitzung mit fünf BezirksstadträtInnen, zwei von der CDU, eine von der SPD und zwei vom Bündnis 90/Grüne über die Zukunft des Stellplatzes Kreuzdorf entschieden.

Es wurde beschlossen, die Entscheidung über die mögliche Räumung von „kurzfristig“ auf „mittelfristig“ zu vertagen (was auch immer das heißen mag)!

Jetzt sollen wir namentlich registriert werden; auf Antrag von Steffke.

Richtigstellung:

In unserem letzten Infoblatt hieß es, daß Steffke (CDU-Baustadtrat-X-berg) sich mit Zeller (CDU Mitte) zwecks zeitgleicher Räumung der Stellplätze Bethaniendamm und Kreuzdorf in Verbindung gesetzt hat.

Richtig ist: Zeller hat zu Ostern (Wagenburgtage) Steffke wegen der Überfüllung des Bethaniendamms kontaktiert?! Diese neue Info ist von Zeller persönlich. Außerdem hat er zugesagt, daß wenn der Mauerstreifen nicht zu voll gestellt wird, der Bezirk Mitte bis zum Straßenbaubeginn „1998“ von einer Räumung absieht.

Doch was bitte schön, ist „vollgestellt“? Das liegt wohl im Auge des Betrachters!
Und was passiert mit uns nach „1998“?!
Warum werden nicht in jedem Stadtteil Stellplätze für Rollheimer eingerichtet?
Warum wird unser Lebensstil immer noch nicht akzeptiert?

Wir wohnen nicht in LKWs, weil wir keine Wohnungen finden, sondern weil wir eure Wohnsilos nicht wollen!

Alles klar?!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!! V.i.S.d.P. Kreuzdorf e.V.

Zur aktuellen Situation von Mumia Abu-Jamal

- vom Autonomen Mumia-Solikomitee Berlin

Zur Erinnerung:

Mumia Abu-Jamal ist ein afro-amerikanischer Journalist und ehemaliger Black Panther aus Philadelphia, der 1982 von einer mehrheitlich weißen Geschworenenjury wegen angeblichen "Polizistenmordes" zum Tode verurteilt wurde. Im Juni letzten Jahres unterzeichnete Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge, Republikaner und Todesstrafenfanatiker, den Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu-Jamal und legte das Hinrichtungsdatum auf den 17. August 1995 fest. International und auch in den USA selber entwickelten sich breite Protestbewegungen gegen die bevorstehende Hinrichtung von Mumia. Am 10. August 1995 sah sich Richter Alber Sabo, derjenige Richter, der den Vorsitz in Mumias Prozeß 1982 geführt hatte, dazu gezwungen, Mumias Hinrichtungsbefehl auszusetzen. Die unmittelbare Hinrichtungsgefahr war damit ersteinmal gebannt. Anfang September 1995 entschied Richter Sabo allerdings nach einer mehrwöchigen Anhörung, daß Mumia kein Recht auf eine Wiederaufnahme seines Verfahrens habe, d.h. einen neuen Prozeß aufgrund von Verfahrensfehlern, neuen Beweisen bzw. ZeugInnen, Verletzung seiner verfassungsmäßigen Rechte etc..

Seit 1996:

Im Februar dieses Jahres legte Mumias Anwaltsteam gegen diese Entscheidung vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania, dem Pennsylvania Supreme Court, Berufung ein. Bis Ende Mai muß die Gegenseite, also die Staatsanwaltschaft, auf diesen Berufungsantrag geantwortet haben. Danach liegt es im Ermessen des Gerichts, wie und wann über den Antrag entschieden wird. Es ist z.B. völlig unklar, ob es eine mündliche Anhörung beider Seiten geben wird oder ob das Gericht nach Aktenlage entscheiden wird. Das Gericht geht von Mitte Juli bis Mitte September in die Sommerpause, so daß allgemein angenommen wird, daß eine eventuelle Anhörung und Entscheidung erst im Herbst oder Winter 1996 erfolgen wird. Die Zusammensetzung des Pennsylvania Supreme Court ist allerdings alles andere als vielversprechend. Die sieben Richter werden - wie PolitikerInnen auch - von den WählerInnen in Pennsylvania für eine Amtszeit von sieben Jahren gewählt. D.h. es finden politische Wahlkämpfe um die Richterämter statt. Es wird davon ausgegangen, daß alle Richter Wahlkampfspenden von der Fraternal Order of Police (FOP), der größten Polizeigewerkschaft, und kleineren Polizeivereinen erhalten haben. Bei zumindestens einem neuen Richter, der Anfang 1996 ins Amt kam, konnte nachgewiesen werden, daß er Wahlkampfspenden von der Pennsylvania State Trooper Association angenommen hat. Der einzige afroamerikanische Richter im Supreme Court und derzeitige Vorsitzende Richter, der sich öffentlich für ein neues Verfahren für Mumia ausgesprochen hatte, wird zum Sommer vorzeitig in den Ruhestand gehen. Len Weinglass, Anwalt von Mumia, beschreibt die Entscheidungskriterien der Richter im Pennsylvania Supreme Court folgendermaßen: "Eine Entscheidung für Mumia wird als eine Entscheidung gegen die Polizei angesehen. Das können und wollen die Richter nicht riskieren."

Und eine gute Neuigkeit:

Nach jahrelanger Recherche gelang es dem AnwältInnenteam Mitte Mai, eine der wichtigsten ZeugInnen in dem Prozeß gegen Mumia im Jahr 1982 zu finden.
Bei der Zeugin handelt es sich um die ehemalige Prostituierte Veronica Jones, die 1982 im Prozeß gegen Mumia zur großen Überraschung von Mumias Pflichtverteidiger mit ihrer Aussage auf die Seite der Staatsanwaltschaft wechselte und als eine der HauptbelastungszeugInnen auftrat.
Veronica Jones war kurz nach den tödlichen Schüssen in der Nacht vom 9. Dezember 1981 das erste Mal polizeilich vernommen worden. Gegenüber den Polizeibeamten erklärte sie, daß sie Schüsse gehört und kurz darauf gesehen habe, wie zwei Männer wegliefen. Diese Aussage stand im direkten Gegensatz zur Polizeiversion, wonach sich niemand vom Tatort entfernt hätte und Mumia sich aufgrund seiner eigenen Verletzung nicht vom Tatort entfernen konnte.
Zum Zeitpunkt dieser ersten Vernehmung liefen gegen die damals 21-jährige Veronica Jones mehrere Ermittlungsverfahren wegen Prostitution. Die vernehmenden Polizeibeamten versprachen ihr, daß diese Ermittlungsverfahren eingestellt würden, wenn sie ihre Aussage ändern würde. Gleichzeitig wiesen die Polizeibeamten darauf hin, daß eine andere Prostituierte, die später als die Hauptbelastungszeugin auftretende Cynthia White, dieses Angebot schon angenommen hätte. Veronica Jones lehnte zu diesem Zeitpunkt den angebotenen "Deal" aber ab. Später berichtete sie auch im Zeugenstand im Prozeß von diesem "Deal". Gleichzeitig behauptete sie im Prozeß aber - im Gegensatz zu ihrer ursprünglichen Aussage -, daß sie niemanden hätte wegrennen sehen.
In einer eidesstattlichen Versicherung, die das Anwaltsteam jetzt veröffentlichte, erklärt Veronica Jones jetzt, wie ihr verändertes Aussageverhalten zustandegekommen ist. Zwei Wochen vor dem Prozeß im Mai 1982 wurde sie wegen Beteiligung an "bewaffneten Raubüberfällen" festgenommen und in Untersuchungshaft genommen. Nachfolgend einige Zitate aus der eidesstattlichen Versicherung: (...) "Eines Tages besuchten mich zwei weiße Polizeibeamte im Gefängnis. Sie sagten, wenn ich gegen Jamal aussagen und ihn als Schützen identifizieren würde, müßte ich mir keine Sorgen wegen meines Verfahrens machen. Ich erwiderte, daß ich den Schußwechsel nicht gesehen hatte, sondern nur die Schüsse hörte und zwei Männer wegrennen sah. Aber das befriedigte sie nicht. Die Polizeibeamten bedrohten mich, indem sie mich daran erinnerten, daß mich ansonsten eine 15-jährige Haftstrafe erwarten würde (...).
Wenige Tage nach diesem Besuch wurde Veronica Jones dann in Mumias Prozeß als Zeugin gehört. Aufgrund ihrer ursprünglichen Aussage war sie von Mumias Pflichtverteidiger Anthony Jackson als Zeugin der Verteidigung geladen worden. Allerdings hatte Jackson vor dem Prozeß und ihrer Aussage keinerlei Kontakt zu ihr gehabt. Dazu noch einmal Veronica Jones: "(...)Beide Beamte, die mich vorher bedroht hatten, standen direkt in meinem Blickfeld hinten im Gerichtssaal. Als ich von Jamals Verteidiger gebeten wurde, meine erste Aussage gegenüber der Polizei zu bestätigen - daß ich zwei Männer vom Tatort wegrennen sah - leugnete ich standhaft diese Aussage gemacht zu haben aus Angst, dafür bestraft zu werden, der Verteidigung zu helfen. (...)

Kurze Zeit nach ihrer Aussage gegen Mumia wurde Veronica Jones aus der Untersuchungshaft entlassen und die Anklage gegen sie fallengelassen.
Rechtsanwalt Len Weinglass hofft, daß die eidesstattliche Versicherung von Veronica Jones in Mumias momentan anhängigen Berufungsantrag vom Obersten Gerichtshof von Pennsylvania mit in Betracht gezogen wird. Die Geschichte von Veronica Jones macht noch einmal deutlich, mit welchem Druck gegen potentielle EntlastungszeugInnen vorgegangen wurde.

Gouverneur Ridge:

Für den wahrscheinlichen Fall einer negativen Entscheidung durch das Pennsylvania Supreme Court hat Gouverneur Ridge schon angekündigt, daß er einen neuen Hinrichtungsbefehl für Mumia unterschreiben wird. Dagegen muß dann von Mumias Anwälten bei einem Bundesgericht wieder eine Aussetzung des Hinrichtungsbefehls beantragt werden.
Gouverneur Ridge, der im Vietnamkrieg Scharfschütze in einer Sondereinheit war und anschließend als Staatsanwalt Karriere gemacht hat, hatte kurz nach seinem Amtsantritt 1995 ein Gesetz durchgedrückt, wonach ein Gouverneur nach der Ablehnung des Berufungsantrages eines Todesstrafengefangenen durch das Pennsylvania Supreme Court innerhalb von 90 Tagen den Hinrichtungsbefehl für den jeweiligen Gefangenen unterschreiben muß. Der Zweck dieser gesetzlichen Bestimmung ist es, den Zeitraum zwischen den einzelnen Berufungsschritten zu verkürzen bzw. darauf zu setzen, daß viele Todesstrafengefangene kein Geld für Anwälte haben, die die Fälle bis in die höchsten Instanzen betreuen. Darüber hinaus wurde 1995 in Pennsylvania ein Todesstrafengefangener hingerichtet, obwohl ihm noch eine Berufungsinstanz offengestanden hätte. ...
Gouverneur Ridge wurde im Wahlkampf von der Fraternal Order of Police (FOP) unterstützt und hat die Hinrichtung von Mumia als eines seiner politischen Ziele deklariert.

Das neue "Anti-Terrorismus-Gesetz" und die Todesstrafe

Im Nachgang zum faschistischen Bombenanschlag von Oklahoma im April 1995 und als Wahlkampfbeitrag hatte Präsident Bill Clinton, dem ständig seine "Softness on Crime" (also ein lascher Umgang mit dem "Kriminalitätsproblem") vorgeworfen wird, ein neues Anti-Terrorismus-Gesetz im US-Abgeordnetenhaus und im US-Senat eingebracht. In der ursprünglichen Fassung dieses "Anti-Terrorism Act of 1995" war von der Todesstrafe nicht die Rede, auch wenn die neuen Polizeistaatsmaßnahmen schon drastisch genug waren. Die pro-Todesstrafenlobby in beiden Häusern des US-Kongresses und in beiden Parteien hat dann aber schnell die Chance erkannt und bei den Verhandlungen über das Gesetz einen entscheidenden Zusatz durchgesetzt. Dieser Zusatz sieht vor, daß das sog. Habeas Corpus Recht von Todesstrafengefangenen wesentlich eingeschränkt bzw. de facto abgeschafft wird. Das Recht auf Habeas Corpus wurde bei der Gründung der USA in der US-Verfassung festgeschrieben und bedeutete ursprünglich ein Recht auf Haftprüfung durch einen Bundesrichter bzw. ein Bundesgericht. Mittlerweile bedeutet es das Recht auf eine Überprüfung des gesamten Falls und des Strafmaßes durch die Bundesrichter. Dabei prüfen die Bundesrichter, ob die verfassungsmäßig garantierten Rechte eines Todeskandidaten durch die Rechtssprechung der Gerichte auf Bundesstaatsebene verletzt worden sind. Ist dies der Fall, können die Bundesrichter das Urteil aufheben und ein neues Verfahren anordnen. 40% aller Todesurteile, die von Bundesstaatsrichtern bzw. -gerichten verhängt werden, werden von Bundesrichtern wegen Verfahrensmängeln und Verletzung verfassungsmäßg garantierter Rechte wieder aufgehoben. Angesichts der Diskrepanz in der Rechtssprechung war der pro-Todesstrafenlobby der Entscheidungsspielraum der Bundesrichter, die nicht gewählt, sondern auf Lebenszeit ernannt werden, schon lange ein Dorn im Auge. Durch den Gesetzeszusatz im neuen "Anti-Terrorismus-Gesetz" ist es ihnen gelungen, diesen Entscheidungsspielraum auf ein Minimum zu begrenzen. Bundesrichter können jetzt nur noch in Fällen, in denen eine "übermäßige" Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte des Gefangenen nachgewiesen werden kann, ein neues Verfahren und die Aufhebung der Strafe anordnen. Im Klartext heißt das: Eine Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte ist durchaus o.k., nur "übermäßig" darf sie nicht sein. Und eine Bestimmung von "übermäßig" findet wohlweißlich nicht statt. Darüber hinaus sind die Richter jetzt an die Auslegung des Verfassungsrechts der jeweiligen Gerichte auf Bundesstaatsebene gebunden.
Len Weinglass geht davon aus, daß Mumia - und die meisten Todesstrafengefangenen - nach diesen neuen Kriterien keine Chance mehr auf ein neues Verfahren haben wird. Bis zur Verabschiebung des neuen "Anti-Terrorismus-Gesetzes", das Ende April 1996 von Clinton mit dem Zusatz zur Todesstrafe unterschrieben wurde, waren Mumia und seine AnwältInnen davon ausgegangen, daß die Chancen für ein neues Verfahren durch eine positive Entscheidung von einem Bundesrichtgericht relativ gut waren.
Die de facto Abschaffung des Rechts auf Habeas Corpus steht im engen Zusammenhang mit einer immer weitreichender Einschränkung für Gefangenenrechte allgemein. So ist es Gefangenen im US-Bundesstaat Kalifornien jetzt verboten worden, direkte Interviews mit der Presse zu führen. Erlaubt sind nur noch Telefoninterviews ... . Darüber hinaus ist per Gesetz verboten worden, daß AnwältInnen aus staatlich geförderte Rechtshilfebüros Gefangene in Verfahren gegen die jeweilige Gefängnisleitung vertreten.
Im Gegensatz zu den anderen staatlich angeordneten Verschlechterungen für die Situation von Gefangenen, gab es bei der de facto Abschaffung des Habeas Corpus Rechts einen Aufschrei der liberalen Presse. So fanden sich dann u.a. in der New York Times, der Washington Post, der Los Angeles Times und sogar in USA Today scharfe Angriffe auf Clintons "Ausverkauf der verfassungsmäßig garantierten Rechte". Leider muß man/frau davon ausgehen, daß diese Zeitungen, deren redaktionelle Position ohnehin gegen die Todesstrafe ist, liberaler als ihre LeserInnen sind. Mittlerweile gibt es mehrere Klagen gegen diese Gesetzesbestimmung vor dem Obersten Gerichtshof der USA in Washington, der dann endgültig über die Verfassungsmäßigkeit der de facto Abschaffung des Rechts auf Habeas Corpus entscheiden wird.

Die Soli-Bewegung:

Angesichts der neuen Entwicklung auf der juristischen Ebene, wird die Solibewegung und

jegliche Form von politischen Druck auf Gouverneur Thomas Ridge noch wichtiger als vorher. In den USA selber wächst die Solibewegung - insbesondere an den Unis. Am 20.Mai, am Malcolm X-Gedenktag, wurden in Washington beim Justizministerium ca. 30.000 Petitionen überreicht. Gefordert wird, daß US-Justizministerin Janet Reno eine Untersuchung über die Verletzung von Mumias Bürgerrechten und die andauernde Verfolgung durch den Polizeiapparat einleitet. Mumias UnterstützerInnen fordern die Einleitung einer solchen Untersuchung, die unabhängig vom juristischen Stand des Verfahrens stattfindet, u.a. aufgrund der seit 1969 andauernden FBI-Überwachung von Mumia und der Nichtherausgabe der Observationsakten bei der Polizeibehörde in Philadelphia. Die UnterstützerInnen bitten darum, den Druck auf Janet Reno durch internationale Brief- und Faxaktionen zu erhöhen !!!

In Frankreich gab es in den letzten Monaten noch einmal eine große Unterschriftensammelaktion der KPF.

Nur in der BRD gibt es eine eher unerfreuliche Entwicklung. Im März hat der Freiburger freie Journalist Burkhard Müller-Ullrich im Feuilleton der Süddeutschen Zeitung unter der Überschrift "Die Solidaritäter" sowohl die Solibewegung als auch Mumia vollständig diskreditiert. Es ist noch nicht ganz abzusehen, inwieweit dieser Artikel die zukümftige Berichterstattung mancher JournalistInnen beeinflussen wird.

Daneben gibt es momentan noch die Wanderausstellung "Art against Death" - "Kunst gegen die Todesstrafe - Für das Leben von Mumia Abu-Jamal", die noch bis Mitte Juli in verschiedenen Städten in der BRD gezeigt werden wird.

Die Perspektive:

Es sieht gerade alles anderes als rosig aus, zumal es schon im Sommer oder Herbst einen neuen Hinrichtungsbefehl bzw. ein neues Hinrichtungsdatum geben kann. Uns fällt dazu ersteinmal nur ein, daß Infotische bzw. Veranstaltungen nach wie vor wichtig sind. Mumia freut sich außerdem über Post und über Spenden für sein Prozeßkostenkonto. Konkret wäre eine Unterstützung der "Briefe an Janet Reno"-Kampagne (s.o.) gut. Deshalb folgt gleich noch ein kurzer Text, der Janet Reno und den UnterstützerInnen gefaxt werden sollte.

Attorney General Janet Reno
US Department of Justice
Washington, D.C. 20530
Tel. 001-202-514-2000,
Fax: 001-202-514-0487

Dear Attorney General Janet Reno,

I join with thousands of others, once again, to urge you to conduct a comprehensive Civil Rights investigation to examine all the ways in which there has been and continues to be a conspiracy on the part of the State of Pennsylvania, from its executive to its judicial branches, to silence Mumia Abu-Jamal once and for all.

In light of this conspiracy, we request that all Philadelphia police files pertaining to Mumia Abu-Jamal, including those on police officer Daniel Faulkner, be disclosed. A Justice Department Civil Rights investigation could make a significant contribution toward guaranteeing the new trial that Mumia Abu-Jamal must have.

Sincerely yours,

____

Name & Adresse

(Bitte schickt eine Kopie des Faxes auch an die UnterstützerInnen, International Concerned Family & Friends of Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 19709, Philadelphia, PA 19143, Tel.: 001-215-476-8812, Fax: 215-476-7551 oder im Internet: www.webcorn.com/nattyreb/mumia.html

Einen sonnigen Frühling wünscht Euch

die Autonome Mumia Soligruppe Berlin

Und falls Ihr jetzt noch Fragen habt oder Infos wollt:

Autonome Mumia Soligruppe Berlin
c/o ARI
Yorckstr. 59
10965 Berlin
Fax: 030-7869984

Archiv 92
Postfach 150323
28093 Bremen
Tel.: 0421/354029
Fax: 0421/353918

Aktion gegen Security-Firma

SIE PATROULLIEREN, KONTROLLIEREN UND VERTREIBEN, in Einkaufsstraßen, Bahnhöfen oder B-Ebenen: "Schwarze Sheriffs" allerorten!

Wir haben am 23.5.96 unter einigen Autos der Firma KÖTTER Security, Bolongarostr. 57, Frankfurt-Höchst, Brandsätze deponiert.

Wir sollen uns an die Privatbullen gewöhnen, die im Auftrag von Geschäftsleuten, Stadtwerken oder Bahn-AG durch die Stadt streifen. Der Sicherheitsmarkt boomt, denn vor dem Hintergrund eines wachsenden Einkommensgefälles soll "Ruhe und Ordnung" in den Reichtumszonen aufrechterhalten bleiben. Security Services übernehmen zunehmend die Alltagsüberwachung. Sie entlasten die Bullen, die sich damit - uniformiert oder zivil- besser auf die "operativen Ebenen" konzentrieren können. Als Wachdienste in Flüchtlingsunterkünften, Aufnahmelagern und Abschiebeknästen sind sie Teil des staatlichen Rassismus. (Daß im letzten Jahr in Köln erstmals ein besetztes Haus direkt von (Raab Karcher)Securities geräumt wurde, zeigt unmißverständlich, daß deren Einsatzfelder immer weiter ausgedehnt werden.) Die Kombination von Privat- und Staatsbullen zielt auf einen Belagerungszustand, der als repressive Seite des sozialen Angriffs, der Sparprogramme und Entrechtungen zu begreifen ist. Die weitgehende Akzeptanz der Wachdienste ist im deutschen Sicherheitsbedürfnis begründet, dessen rassistische Grundlinie sich zeigt, wenn Razzien und Kontrollen sich vorwiegend gegen MigrantInnen richten. Die tagtägliche Aufbereitung und Hetze durch die Medien stabilisiert diese Stoßrichtung.

Viele Obdachlose und Drogis erleben ebenfalls diese alltägliche Gewalt der Kontrolle und Vertreibungen. Wenn die uniformierten und bewaffneten Jungmänner ihre "Säuberungspflichten" erfüllen, werden sie bestärkt von ihrem subjektiven Gefühl Teil einer Ordnungsmacht zu sein.

KÖTTER Security ist eine der Firmen, die im Milliardengeschäft des blühenden Sicherheitsmarktes groß mitverdienen. Schon bei der Bewachung der Baustelle der geplanten WAA in Wackersdorf hatte sich diese Firma einen Namen gemacht. Ihr Haupteinsatzgebiet liegt in NRW und ihr Firmensitz in Essen. Kötter Security macht seinen Reibach auch als "Bewachungs- und Serviceunternehmen" in Abschiebeknästen, so auch im zur Zeit größten in Büren bei Paderborn. Dies ist uns unmittelbarer Anlaß für unsere Aktion. Unsere feurigen Grüße gelten denen, die dieses brutale Symbol staatlichen Rassismus nicht widerstandslos hinnehmen.

der stördienst
gmbh i.A.

In den Briefen aus Exilien steht häufig, daß die Leute oft ein

Ein Brief ins Exil

Liebe Jutta,

wie schön ist es, Briefe von Dir und anderen aus dem Exil in einer Zeitung zu lesen - wenn sie schon nicht in unseren Briefkästen landen. Sehr privat kann unsere Unterhaltung so nicht werden, aber wir haben das Glück, in den letzten zehn Monaten wenigstens auf diese Weise mitzukriegen, daß Ihr mit uns hier in Verbindung bleiben wollt und könnt. Wir hören Dich, Jutta, jetzt schon rufen: 'Was heißt hier in Verbindung bleiben - zurück will ich!' "Ich komm wieder, keine Frage", hast Du Deinen Brief überschrieben und wir waren saufroh, daß Du nicht so großen Gefallen an Exilien gefunden hast, daß Du dort bleiben willst. Obwohl wir Dir natürlich wünschen, daß es Dir gut geht, sind wir froh, daß Du davon ausgehst, daß es irgendwann ein Zurück geben kann - wir sehen, Du bist alles andere als verzweifelt.

An dieser Stelle viel Mut und Power an alle, die im Exil sind !!!

Wir haben versucht, uns vorzustellen, wie Dein Alltag abläuft: das Sich-Bedeckt-Halten, vielleicht eine fremde Sprache, wenige bis gar keine Personen, mit denen Du offen reden kannst, Ungewißheit und Abhängigkeiten. Wieviel größer muß Deine Sehnsucht sein als unsere, denn wir vermissen Dich - DU vermißt so VIELE!
In dem Brief einiger Exilierter in den Radikalen Zeiten Nr.3 lasen wir über die besonderen Bedingungen von Frauen im Exil und haben sehr an Dich gedacht. Ganz bestimmt gibt es dazu noch viel mehr zu sagen. Wir in unserem lesbisch-feministischen Umfeld können Gespräche über Tagesgeschehen, private Probleme, linke Debatten so feministisch führen wie wir wollen. Trotz mancher Konflikte in der Szene ist das ein sehr angenehmer Hintergrund, den Du wahrscheinlich jetzt nicht hast.
Der Brief hat uns klar vor Augen geführt, daß die Bedrohung für Frauen im Exil anders aussehen kann, mit der möglichen Konsequenz, daß Frauen sich weniger gegen sexistische Angriffe wehren, um keine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Die Situation kann noch schwieriger werden, wenn sie bei Typen wohnen, von ihnen Geld bekommen oder in irgendeiner anderen Weise auf sie angewiesen sind. Für uns zeigt sich hier, daß sich sexistische Gewaltverhältnisse für Frauen im Exil und auf der Flucht potenzieren. Wir haben uns gefragt, wie Du damit umgehst, wie Deine Situation konkret sein könnte: Wie präsent ist die sexistische Bedrohung in Deinem Alltag? Wehrst Du Dich jetzt anders? Auf welche Strategien greifst Du zurück? Eröffnet Deine Situation vielleicht sogar neue Möglichkeiten, Dich zu wehren? Da wir Dich in den konkreten Situationen nicht unterstützen können, wünschen wir Dir von ferne viel Entschlossenheit, Stärke und Mut!

Wir haben uns vorgestellt, wie es Lesben im Exil geht. Viele von uns sagten, sie würden im Exil nach Lesben suchen, um nicht noch

mehr von der eigenen Existenz verstecken zu müssen. Lesben, die in Exilien Lesben aufnehmen, sind sicher so rar wie sie es hier in der BRD sind. Dabei wäre es gerade wichtig, daß Lesben andere Lesben aufnehmen, um nicht noch mehr als nötig auf Heterozusammenhänge angewiesen zu sein - sowohl für persönliches wie für politisches Zusammensein. Wir wünschen Dir, daß Du ein paar nette Lesben in Deiner Nähe hast, mit denen Dich etwas verbindet.

In den Briefen aus Exilien steht häufig, daß die Leute oft ein großes Grübeln über das zu erwartende Strafmaß plagt. Exil oder Knast ist da die Frage. Fünf Jahre Knast seien zu viel, sagen einige. Einverstanden! Nur - was wäre nicht zu viel? Sind die sechs Monate, die die vier Ex-Gefangenen aus dem radikal-Verfahren im Knast saßen in Kauf zu nehmen?
Die Bundesanwaltschaft hat das Verfahren an den Oberstaatsanwalt in Koblenz abgegeben. Wir denken, daß damit das Verfahren politisch runtergestuft wurde. Bedeutet das für Euch im Exil, also auch für Dich, Jutta, daß ein Zurückkommen näher rückt? Sicher bezieht Ihr in Eure Überlegungen mit ein, wie das Verfahren oder auch der Prozeß verläuft. Vielleicht wägst Du auch ab, was Du aufs Spiel setzt, d.h. wie sehr der momentane Verlust zu einem Dauerverlust werden würde, wenn Du weiterhin wegbliebest: Beziehungen, Freundinnenschaften und Kontakte leben von der Präsenz. Auf der anderen Seite spielt bei der Überlegung 'Wegbleiben oder nicht' sicherlich auch eine Rolle, ob Du dort, wo Du jetzt bist, eine politische Perspektive siehst. Wir können nur vermuten, was Du Dir überlegst und wir können uns vorstellen, wie schwierig es ist, Entscheidungen zu fällen.
Aber wir können Dir erzählen, wie's bei uns aussieht: Wir machen uns Gedanken darüber, wie wir Dein bzw. Euer Verbleiben in Exilien von hier aus unterstützen können.
Da fällt uns vor allen Dingen die vielzitierte Solidaritätsarbeit ein. Mit Dir, mit Euch solidarisch zu sein, bedeutet für uns erstmal ganz allgemein, daß wir weiter politisch arbeiten an den Sachen und Themen, die wir angesichts der gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse für nötig halten und in der Form, wie wir das können und wollen. Das heißt für uns auch, daß wir unser politisches Engagement nicht an der drohenden Repression orientieren, daß wir uns nicht einschüchtern lassen werden - und wir werden versuchen, das mit unseren Mitteln auch nach außen zu tragen.
Ein anderer, schon etwas konkreterer Aspekt, der uns zu Soliarbeit eingefallen ist, ist der Austausch mit Dir, mit Euch. Also zu versuchen, trotz der beschissenen Bedingungen, noch halbwegs eine Diskussion über politische Entwicklungen hinzukriegen, um ein Mindestmaß an Kommunikation aufrechtzuerhalten. Das wäre z.B. auch über Briefe wie diesen hier möglich und wir würden uns wünschen, daß Ihr öfter mal schreibt, damit wir was von Euch mitkriegen.
Eine weitere Form der Solidarität mit Dir/Euch ist die Öffentlichkeitsarbeit, die seit nun fast einem Jahr läuft.
Konkret: dafür zu sorgen, daß insbesondere Ihr als Exilierte nicht vergessen werdet, weder politisch (Du kannst Dir sicher vorstellen, daß das nicht immer einfach ist...) noch persönlich. Insgesamt geht es natürlich darum, die §§ 129/a immer wieder zu thematisieren (und das auch nicht nur an Euren Verfahren) und politische Verfolgung als entlarvenden Ausdruck dieses Herrschaftssystems deutlich zu machen. Und ein Teil dieser Arbeit ist auch, für die Einstellung Eurer Verfahren einzutreten. Und

wenn wir dann erfolgreich waren und die Einstellung der Verfahren politisch durchgesetzt haben, kommst Du zurück - claro!
Aber jetzt mal im Ernst: falls Du Dich entscheidest, vorher zu kommen, muß natürlich das Wiederkommen vorbereitet sein, von beiden Seiten aus.
Wir werden dafür sorgen, daß Du hier gute Bedingungen vorfindest und daß Du beim Prozeß bzw. Deinem eventuellen Gang in den Knast unterstützt wirst. Vor allen Dingen aber werden wir Dich mit offenen Armen, mit Sekt, Selters und Whisky empfangen!
Es wird keinen nahtlosen Anschluß an das geben, was Du verlassen hast. Du wirst Dich sicherlich verändert haben, Deine Erfahrungen aus dem Exil hierher mitnehmen. Vielleicht hast Du neue starke Bindungen an ein Land und an Leute entwickelt, die Du jetzt weiter pflegen willst. Dich wird sicher auch interessieren, was wir hier in der Zeit alles gemacht haben und was sich verändert hat.

Wir hoffen, wir können dann gemeinsam Deine Erfahrungen im Exil und evtl. Knast und unsere Erfahrungen hier aufarbeiten (vielleicht findest Du in einem Synonym-Wörterbuch einen passenderen Ausdruck...) und uns nach der langen Zeit wieder annähern. Flucht, Exil und Knast sind uns jedenfalls im Laufe des letzten Jahres um einiges näher gerückt. Und wir werden sehen müssen, wie wir weiter politisch arbeiten, auch angesichts dessen, daß sich die gesellschaftliche Situation für radikale linke und feministische Politik nicht gerade verbessert.
So, das sind alles Punkte, über die wir gerne mit Dir reden wollen und laß Dir gesagt sein: darauf freuen wir uns schon - egal wie lang es noch dauert!
Wie immer Du Dich auch entscheiden magst, wir werden Dich darin unterstützen. Wir denken an Dich und wünschen Dir ganz viel Kraft!
Laß Dich nicht unterkriegen!
Dicke Grüße und Küsse von Deinen
F.L.O.P.s

Totalverweigerer-Initiative Braunschweig von Polizei durchsucht

Am Mittwoch, dem 24. April 1996, hat die Polizei die Wohnungen von Detlev Beutner und Rainer Scheer, Mitarbeiter der Totalverweigerer-Initiative Braunschweig, wegen "des Verdachts des Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz" durchsucht. An der Aktion waren 5 PolizistInnen, darunter ein Beamter des Landeskriminalamtes, sowie zwei von der Polizei gleich mitgebrachte Zeugen beteiligt.

Detlev und Rainer, selbst als Totalverweigerer vor über zwei bzw. knapp vier Jahren zu jeweils drei Monaten Knast auf Bewährung verurteilt, verteidigen zur Zeit zwei andere Totale Kriegsdienstverweigerer, Steffen Loecke (der bei der Bundeswehr verweigerte) und Sven Kiebler (der seinen Zivildienst vorzeitig abbrach). Dies wird durch eine Regelung der Strafprozeßordnung ermöglicht, nach der die betroffenen Gerichte auch andere Leute als Rechtsanwälte als Verteidiger zulassen können, was in beiden Fällen jeweils geschehen ist. Bei der Durchsuchung wurden auch die vollständigen Verteidigerakten in diesen noch laufenden Verfahren beschlagnahmt!

Nach dem "Rechtsberatungsgesetz", 1935 zur Eliminierung der Juden aus der Rechtsberatung durch die Nationalsozialisten eingeführt, ist die "geschäftsmäßige Rechtsberatung" ohne die *generelle* Erlaubnis hierzu als Ordnungswidrigkeit verboten und kann mit einem Bußgeld von bis zu 10.000 DM belegt werden. In einem aktuellen Kommentar zum Rechtsberatungsgesetz wird ausgeführt, daß das Gesetz, da die Passagen über Juden gestrichen worden sind, nun nicht mehr als "außerordentlich nationalsozialistisch" bezeichnet werden könne...

Daß die eifrige Staatsanwaltschaft in Braunschweig bereits seit längerer Zeit gegen die TKDV-Initiative ermittelte, war bekannt: So ließ sie vor drei Monaten Sven Kiebler – im laufenden Strafverfahren – durch die Polizei gegen seine Verteidiger vernehmen. Dabei interessierte die Ermittler insbesondere, ob Sven für die Verteidigung Honorar zahlen würde, ob er mittels Werbung auf die Braunschweiger aufmerksam geworden war und ob die TKDV-Initiative ein Büro betreiben würde. Wahrheitsgemäß mußte Sven alle diese Fragen verneinen. Hätte sich der Staatsanwalt die Mühe gemacht, einfach die betroffenen Braunschweiger bei Kaffee und Kuchen zu fragen, was hinter dieser Verteidigung steckt, hätte er auch erfahren, daß eine "geschäftsmäßige" Tätigkeit gar nicht angepeilt ist, weil die Grundlage für die Verteidigung die freundschaftliche und solidarische Beziehung zwischen den Totalverweigerern darstellt.

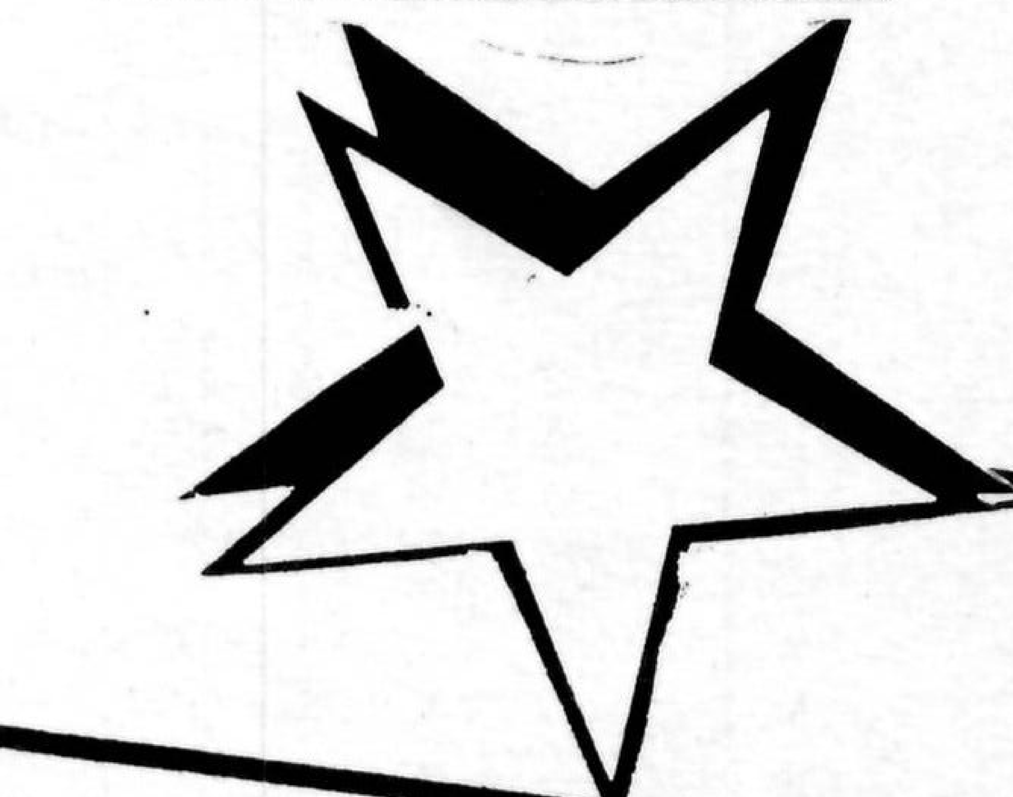
Doch die Staatsanwaltschaft dachte gar nicht daran, den menschlichen Weg zu gehen. Anstatt nach diesem Verhör die Akte zu schließen und sie dem Kollegen Papierkorb weiterzureichen, sagte sich der Anwalt des Staates: Schauen wir doch mal selbst vorbei. Richter Nitschke stimmte sodann am 20. Februar, Fastnacht, in bester Faschingslaune einer Hausdurchsuchung in zwei Fällen aufgrund des Verdachts einer Ordnungswidrigkeit zu. Leider verlor dieser Beschluß auch am Aschermittwoch nicht seine Gültigkeit.

Gut zwei Monate später – die Polizei berichtete, es gäbe auch noch echte Straftaten, weshalb sie nicht so schnell habe kommen können – folgte nun die Durchsuchung.

Interessant wird es nun, ob die Staatsanwaltschaft einsehen wird, daß die komplette Aktion, bis auf den vermutlich anfallenden Datenmüll für den Verfassungsschmutz, ein großer Griff ins Klo war, oder ob sie derart verbissen an der Sache dran bleiben wird und erreicht, daß zunächst ein Bußgeldbescheid zugestellt wird. Denn dann wird es wirklich langsam spannend:

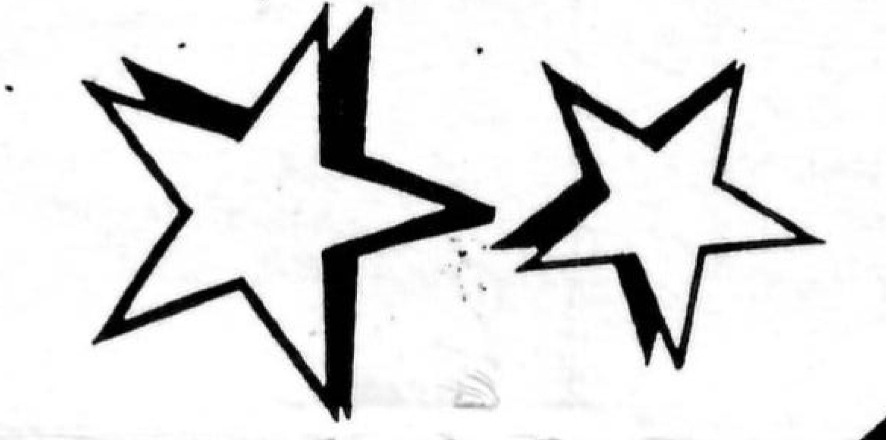
In dem darauf folgenden Ordnungswidrigkeiten-Prozeß würde sich das Gericht vor die Frage gestellt sehen, ob es die gesamte KDV-Beratung in der BRD zu vernichten gedenkt. Denn eine Verurteilung aufgrund des dargestellten Sachverhalts hieße in der Folge, daß jede KDV-Beratungsstelle – noch viel deutlicher, als im vorliegenden Fall – gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoßen würde. Schließlich betreiben die Stellen die Beratung nicht nur in ein oder zehn, sondern in hunderten von Fällen, und weiterhin – oh Schreck oh Graus – machen sie bisweilen hierfür sogar Werbung oder besitzen gar eigene Räumlichkeiten.

Zwar ist es klar, daß den staatlichen Stellen die Arbeit der TKDV-Initiative mehr – so ein Polizeibeamter bei der Durchsuchung – "ein Dorn im Auge" ist, als die Tätigkeit der zur legalen Waffendienstverweigerung arbeitenden Beratungsstellen. Doch spielt dieser unterschiedliche Hintergrund der 'rechtsberatenden' Tätigkeit juristisch keine Rolle: Sonst müßten demnächst auch Strafverteidiger generell wegen Strafvereitelung verfolgt werden. Nicht, daß dies in diesem Staate als vollkommen abwegig erscheinen würde – aber *noch* sind wir nicht soweit...





Hausdurchsuchungen in Braunschweig
Die Hausdurchsuchungen bei der "Totalverweigerer Initiative Braunschweig" stellen von daher einen schweren Schlag gegen die TKDV-Bewegung dar, weil es sich bei der Initiative der Braunschweiger Totalverweigerer um einen erneuten konkreten Versuch handelt Totalverweigerung überregional zu organisieren. Die Initiative der Braunschweiger bestand darin, die Verteidigung von Totalverweigerern zusammen mit dem angeklagten Totalverweigerer sowohl vor, bei als auch nach dem Prozeß zu organisieren. Auf diese Weise sollte einerseits eine stärkere Politisierung der Prozesse erreicht werden (gemeinsames Auftreten vor Gericht) und andererseits die Prozeßkosten (AnwältIn) für den Angeklagten reduziert werden.





Kundgebung:

Freiheit für Safoan Eid !

Am 18.1.1996 wurden bei einem Brandanschlag auf ein von Flüchtlingen bewohntes Haus in Lübeck 10 Menschen ermordet und 38 weitere schwer verletzt.
Während international großes Entsetzen über diesen bisher mörderischsten Anschlag in Deutschland und Mitgefühl für die Opfer zu vernehmen war, wurde in Deutschland selbst von Politikern und Medien eher das durch den Brand geschädigte Ansehen Deutschlands bejammert und der Stadt Lübeck, die zum wiederholten Mal wegen faschistischer Anschläge Schlagzeilen machte, Mitgefühl ausgesprochen. Am Morgen nach dem Brand schien eine faschistische Täterschaft noch sicher, die insgesamt vier festgenommenen Männer aus der rechtsextremistischen Szene des nahegelegenen Grevesmühlen wurden jedoch schon einen Tag später aufgrund eines von der Polizei selbst gelieferten Alibis wieder freigelassen. Anlaß für einen begründeten Tatverdacht stellte weder die schon früher deutlich geäußerte faschistische Gesinnung der vier Männer dar, noch die Tatsache, daß drei von ihnen nur eine Minute nach Brandmeldung hundert Meter von der Flüchtlingsunterkunft entfernt von einer Polizeistreife kontrolliert wurden. Auch die am Tag darauf, nach der Festnahme festgestellten frischen Verbrennungen im Gesicht der Neonazis warfen bei den Ermittlungsbehörden wohl keine Fragen auf.

Das ausgebrannte Haus in der Neuen Hafenstraße

Stattdessen wurde am Abend des 19. Januar der 20-jährige Safoan Eid als Tatverdächtiger festgenommen, seitdem sitzt er in Lübeck in Untersuchungshaft. Safoan Eid lebte zusammen mit seinen Eltern und sieben Geschwistern in dem Haus in der Lübecker Neuen Hafenstraße. Bei Brandausbruch schlief Safoan nachweislich zusammen mit zwei Brüdern im vierten Stock , mußte geweckt werden und konnte sich auf das Dach des Hauses flüchten. Er half noch MitbewohnerInnen aus dem brennenden Haus, bis er selbst von der Feuerwehr gerettet wurde.

Wie Opfer zu Tätern gemacht werden

Einziger Belastungszeuge gegen Safoan Eid ist ein in der Brandnacht eingesetzter Rettungssanitäter, der fast zwei Tage nach dem Brand, nach Aussetzung einer Belohnung von 50.000 DM bei der Polizei angab, daß Safoan ihm gegenüber die Tat gestanden hätte. Für die fragliche Situation in einem Rettungswagen auf dem Weg zum Krankenhaus gibt es allerdings auch andere Zeugen. Diese geben an, daß Safoan keinesfalls „wir waren es“, sondern auf Neonazis bezogen „sie waren es“ gesagt hat. Für das vom Rettungssanitäter behauptete Gespräch, in dem Safoan die Tatumstände geschildert haben soll, gab es offensichtlich überhaupt keine Gelegenheit: Die in dem Rettungswagen anwesenden Zeugen sagten aus, daß sich der Sanitäter nur ca. eine halbe Minute um das verletzte Ohr von Safoan kümmerte, dann versorgte er andere Überlebende des Brandes.
Um diesen haltlosen Belastungszeugen baute die Staatsanwaltschaft Lübeck dann ein durch und durch rassistisches Konstrukt gegen Safoan, an dessen Ende seine Verurteilung wegen zehnfachen Mordes stehen soll. Trotz verhängter Nachrichtensperre wurden medienwirksam immer wieder neue Beschuldigungen gestreut, die sich alle in der Folgezeit als völlig haltlos herausstellten:
Alle lancierten Motive für die Brandlegung durch Safoan Eid wurden widerlegt, und sowohl die Version nach der der Beschuldigte „Täterwissen“ offenbart hätte als auch sein angebliches „Geständnis“ in illegal abgehörten Gesprächen im Untersuchungsgefängnis mußten von der Staatsanwaltschaft wieder zurückgezogen werden. Übrig bleibt nur die vage Behauptung, daß Safoan Eid den Brand „mit anderen“ wegen einem Streit „mit irgend jemand aus dem Haus“ gelegt habe, und zwar mit Benzin „im rechten Gang des 1. OG“. Dieser Version widerspricht allerdings ein Gutachten des Landeskriminalamts Schleswig-Holstein, das die Staatsanwaltschaft Lübeck selbst in Auftrag gegeben hatte. Danach sind weder im gesamten 1. Stock des Hauses Brandbeschleuniger ausgeschüttet worden, noch weist die lückenlos untersuchte Kleidung Safoans solche Spuren auf.
Der Brand ist offensichtlich nicht im 1. Stock, sondern im Erdgeschoß des Hauses ausgebrochen. Überlebende erzählen, wie sie in der Brandnacht im 1. Stock aus dem Schlaf geweckt wurden, sich durch die verqualmten Gänge tasteten und schließlich den Weg in die oberen Stockwerke fanden. Sie berichten übereinstimmend, daß es da im 1. Stockwerk noch nicht brannte. Nur einer ihrer Mitbewohner flüchtete nach unten, ins Erdgeschoß und kam dort um. Auch die ersten eintreffenden Feuerwehrleute gaben in später gemachten Aussagen den Eingangsbereich im Erdgeschoß des Hauses als Brandherd an. Diese Angaben werden von Professor Achilles, einem der bekanntesten Brandschutz-Experten unterstützt. Nach einer Begehung des ausgebrannten Hauses kommt er zu dem Schluß, daß das Feuer im Eingangsbereich ausgebrochen sein muß und sich über die Holzvertäfelung des Treppenhauses nach oben ausgebreitet hat. Ein Fenster im Eingangsbereich war zudem nicht abschließbar, so konnten Täter von außen leicht in das Haus eindringen.
Alles das wird von der Staatsanwaltschaft Lübeck bewußt ignoriert, weil sonst ihr Konstrukt gegen Safoan Eid endgültig zusammengebrochen wäre.

Safoan muß raus !

ALLES spricht für die Unschuld von Safoan Eid. Daß Safoan auch nach der Haftbeschwerde seines Verteidigers vom 26. April noch immer im Gefängnis sitzt, und die übrigen Überlebenden des 18. Januar aktuell mit ihrer Abschiebung rechnen müssen, liegt daran, daß die Ereignisse um die schreckliche Brandnacht von Lübeck völlig aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden sind. Seitens der Medien gibt es hin und wieder Kritik an den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Lübeck, auch hat sich am 22. April eine mit namhaften JuristInnen besetzte internationale unabhängige Untersuchungskommission gebildet, die die bisherigen Ermittlungen prüfen und eigene Untersuchungen anstellen will. Das alles wird aber schwerlich zum Erfolg führen, wenn nicht in der Öffentlichkeit Druck aufgebaut wird, der die Ermittlungsbehörden zwingt, ihr absurdes rassistisches Konstrukt gegen Safoan Eid und die anderen Überlebenden aufzugeben. Es liegt in der Verantwortung aller antirassistisch orientierten Menschen zu verhindern, daß durch die Beschuldigung Safoans ein faschistischer Anschlag vertuscht wird, dadurch die Opfer des Anschlags zu Tätern gemacht werden und im Fall von Safoan fürchten müssen, für immer unschuldig im Knast zu verschwinden.Die Kundgebung in Trier ist ein Schritt, die vorherrschende Mauer des Schweigens öffentlich zu durchbrechen und die Freilassung von Safoan Eid zu erreichen. Kommt zur Kundgebung!

- **sofortige Freilassung von Safoan Eid!**
- **Bleiberecht für alle Überlebenden des 18. Januar!**
- **Schluß mit den rassistischen Ermittlungen, Bestrafung der Täter!**
- **Weg mit der rassistischen Ausländergesetzgebung!**
- **Solidarität mit den Flüchtlingen!**

Antifa Trier, Infoladen Trier, Multikulturelles Zentrum, No Pasaran, Orli Torgau-Zentrum

Kundgebung
Mi, 5. Juni 14.00 Uhr
Hauptmarkt

Für ein lustvolles und solidarisches Leben

**„In Erwägung, daß wir hungrig bleiben, wenn wir dulden, daß ihr uns bestehlt.
Wollen wir mal feststellen, daß nur Fensterscheiben uns vom guten Brote trennen, das uns fehlt."**
(B. Brecht)

Überall auf der Welt sind Bestrebungen im Gange, hart erkämpfte soziale Sicherungen abzubauen und den Kapitalismus ohne Beschränkungen zu entfalten. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt nimmt weiter zu. Um die Profite auch weiterhin steigern zu können, kann die Ausbeutung nicht mehr sozialstaatlich abgemildert werden.

In der BRD führt dies zu Massenentlassungen, steigender Arbeitslosigkeit, sinkenden Löhnen, Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsprozeß. Der Sozialstaat, der die Aufgabe der Befriedung der Massen hatte, wird zwangsläufig abgebaut. Immer mehr Bereiche: medizinische Versorgung, öffentliche Verkehrsmittel, Kommunikation, Kultur, Bildung... werden privatkapitalistisch organisiert und sind für immer weniger Menschen erschwinglich. Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Renten, BAFöG, Unterstützungen für Behinderte, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden gekürzt Der Sicherheitsapparat wird ausgebaut, um präventiv jeden Widerstand auszuschalten. Auch nach außen rüstet die BRD auf, um Absatz- und Rohstoffmärkte, nötigenfalls militärisch, zu erschließen und zu verteidigen.
„Neu-Rechte" Ideologen, die gesellschaftliche Widersprüche verschleiern, gewinnen an Einfluß. Mit diesen rassistischen, nationalistischen, und sexistischen Ideologien sollen Ausbeutung und Unterdrückung legitimiert werden. Entlang dieser Strukturen vollzieht sich der Sozialabbau auf unterschiedlichen Ebenen.

Flüchtlinge und MigrantInnen werden immer härter unterdrückt und ausgegrenzt. Das Asylrecht wurde faktisch abgeschafft. Flüchtlinge werden in Sammellagern zusammengepfercht und fertigessenverpflegt. Wer sich weigert, Zwangsarbeit zu verrichten, dem wird die mickrige Sozialleistung gestrichen. Bullen machen Jagd auf Menschen, denen ein Bleiberecht verweigert wird. Wen sie schnappen, knasten sie ein und schieben ab. Dieses Klima der Angst und Rechtlosigkeit bedeutet für Menschen ohne Aufenthaltsstatus unbeschränkte Ausbeutbarkeit.

Keine Spaltung in Deutsche und Nichtdeutsche durch Aufenthaltsstatus!

Für Frauen bedeutet Sozialabbau, die ersten zu sein, die entlassen werden. Zurückgedrängt zu Küche und Kindern sollen sie sich entweder patriarchaler Unterdrückung in Kleinfamillien unterwerfen, oder, auf sich gestellt, existentielle Kürzungen im Sozialbereich hinnehmen. "Unsichtbare", weil nicht als Lohnarbeit verrichtete Reproduktionstätigkeit, ist der nach patriarchaler Logik, für Frauen vorgesehene Bereich.
Keine Spaltung in produktive und reproduktive Arbeit! Keine sexistische Rollenzuweisung! Kampf dem Patriarchat!

Stellen- und Sozialabbau erhöhen den Konkurrenzdruck auf die, die noch einen Job haben und auf die, die gerne einen hätten. Niemand soll mehr das Maul aufreißen, alle sich ducken. Dadurch können schlechtere Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne durchgesetzt werden.
Gegen Leistungs- und Konkurrenzdruck!

Die Forderungen, die Kürzungen zu beenden sind berechtigt. Doch wird am Sozialabbau deutlich, daß das kapitalistische System den Profitinteressen des Kapitals dient und nicht dazu, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Es geht also nicht nur darum, höhere Löhne, höhere Sozialhilfe, bessere Lebensbedingungen für Flüchtlinge und MigrantInnen zu fordern. Wirkliche Verbesserung kann nur organisierter Kampf bringen. Ziel dieses Kampfes es muß sein, Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen und eine Gesellschaft zu entwickeln, die sich nicht am Profit, sondern an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.
Schluß mit profitorientierter Verwertung von Menschen und Natur!



Radikal gegen Ausbeutung und Unterdrückung!

Her mit dem schönen Leben

Demo gegen Sozialabbau

Raus aus der Defensive, auf zum *revolutionären Block*

15. Juni 96, 13°° Uhr, Bonn

- Bahnhof Beuel

V.i.S.d.P.: K. Pital. Görresstr. 15, 53113 Bonn

etr.: **Revolutionärer Block auf der Demo gegen Sozialabbau 15.6. in Bonn** **21.05.96**

iebe GenossInnen,
ie schon im letzten Schreiben von uns erwähnt wurde, ruft der DGB nun auch zu der bundesweiten Demo gegen ozialabbau in Bonn auf. Daß er das macht, kommt sicher nicht von alleine. Unserer Einschätzung nach steht die unktionärsspitze unter Druck. Das Bündnis für Arbeit ist nicht aufgegangen, die Basis will Aktionen sehen. Durch die eteiligung einzelner Ortsverbände von Einzelgewerkschaften an dem Bündnis gegen Sozialabbau wurde die DGB-ührung genötigt sich an der Demo zu beteiligen. Wir stehen dieser Beteiligung skeptisch gegenüber. Der DGB wird ersuchen die Demo inhaltlich völlig zu bestimmen, sie nicht als ein Schritt zu einer breiten Bewegung begreifen, sondern e als Abschluß der gewerkschaftlichen Aktionswoche im Sommer sehen. Für den DGB ist das die Möglichkeit eine sich ldende Bewegung zu übernehmen, sie als Joker in einem neuen Bündnis für Arbeit auf den Tisch des Kapitals zu werfen nd dann abzuwickeln. Wir wollen uns aber nicht aus dieser Bewegung verabschieden, denn wir sind ein Teil von ihr. Es ommt auf uns an, ob wir es schaffen die Demoöffentlichkeit dazu zu nutzen unsere Inhalte zu verbreiten.
eben einer veränderten politischen Situation hat sich auch organisatorisch einiges geändert. Statt der erwarteten 20 000 eilnehmerInnen werden nun alleine vom DGB wohl 200 000 Menschen nach Bonn kommen. Das heißt, daß wir nicht ehr nur einen Demozug machen, sondern einen Sternmarsch mit vier Zügen.
ach dem bisherigen **Stand der Verhandlungen** mit dem DGB werden wir mit dem Bündnis gegen Sozialabbau einen ieser Züge inhaltlich gestalten. Das heißt, wir gestalten die Auftaktkundgebung und den Ablauf dieses Zuges. Während er Abschlußkundgebung werden neben drei VerbandsrednerInnen der Gewerkschaften (u. a. Schulte) Leute aus erschiedenen Initiativen reden (Studierende, Arbeitslose, etc). Das Bündnis gegen Sozialabbau wird einen Redebeitrag rhalten.

Anfahrt
urch die Mobilisierung durch den DGB fahren aus vielen Städten Busse oder Sonderzüge am 15.6. nach Bonn. Nach tand der Gespräche werden die Fahrten mit dem DGB umsonst sein. Fragt bei den Ortsverbänden nach Fahrkarten. Venn ihr mit dem DGB nach Bonn kommt ist nicht sicher ob der Bus dann auch zu dem Auftaktkundgebungsort des evolutionären Blockes fährt. Wir haben uns daher überlegt auf jedem der vier Demozüge mit einen kleineren Block itzugehen, aber in der Hauptsache für unseren Block nach Bonn/Beuel Bahnhof zu mobilisieren. **Die Anfahrt in den Bussen und Bahnen des DGB´s bietet gute Möglichkeit, mit den Gewerkschaftlich Organisierten zu reden und so n Vorfeld möglichen Spaltungsversuchen nach der Demo entgegenzuwirken.**

Plakate/Aufrufe
ie Plakate sind fertig (siehe Anlage) und können bei uns bestellt werden. Sie kosten 10 Pf. pro Exemplar + ersandkosten. Zwei (drei) unserer Aufrufe bzw. Aufrufentwürfe sind dem Schreiben beigefügt. Ihr könnt sie als opiervorlage benutzen, oder auch die Diskette (Word für Windows 6.0) von uns kriegen. Besser wäre es natürlich, wenn r für eure Stadt einen eigenen schreibt.

Geld
ie für uns zugänglichen Töpfe in Bonn sind durch das Bündnis gegen den Sozialabbau weitgehend geschröpft. Wir sind ei der Mobilisierung für den Revolutionären Block also ausschließlich auf eigene Mittel angewiesen. Für euch heißt das r sollt spenden!!

pendenkonto: KTO Nr.: 100 189 786
BLZ 380 500 00
Sparkasse Bonn
Stichwort: „Sozialabbau“

Vorbereitungstreffen
s wird auf jeden Fall ein Vorbereitungstreffen am Abend des 14.6. in Bonn geben. Ob ein weiteres von euch gewünscht vird ist noch nicht klar. Sollte es aber ein weiteres geben (das hängt davon ab ob ihr das wollt) werden wir euch Bescheid eben.

Kontakt
Vir sind erreichbar:
Telefon:
MO, MI und DO von 18.00-20.00 h unter der Telefonnr.: 0 22 8 / 63 61 51 Antirassistisches Telefon
Ab dem 1.6. MO-FR 16.00-20.00 h
Telefax (und nur Fax) unter der Nr.. 0 22 8 / 69 51 93 (Stichwort „Demo 15.6.“)
Postanschrift: Buchladen „Le Sabot“(Stichwort „Demo 15.6.“
Breite Straße 76
53111 Bonn

Razzia bei dem 'actieblad' Ravage

Ravage hieß bis Anfang 1996 NN, einigen vielleicht bekannt als aktuelle Postadresse der radikal.

Am Freitag dem 3. Mai hat das Bastionteam aus Arnhem, welches sich mit den letzten Anschlägen in Arnhem befaßt, das Büro des 'actieblads' Ravage durchsucht. Man sagte auf der Suche zu sein nach einem Brief, den die militante Aktionsgruppe 'Earth Liberation Front' dem Blatt zugesandt hat. In dem Brief wird die mögliche Verantwortung übernommen für den Bombenanschlag auf das Bürogebäude von BASF in Arnhem.

Eine Rekonstruktion

Die Nummer 209 des 'actieblads' Ravage ist am 2. Mai gedruckt worden. Mittags wird die Ausgabe durch eine feste Gruppe frankiert und zur Post gebracht. Zwei Mitarbeiter bleiben noch im Redaktionbüro und gehen die jüngste Ausgabe nochmal durch. Sie beschlossen eine Presseerklärung anzufertigen, um bekannt zu machen, daß die Redaktion am 25. April einen Brief empfing, unterzeichnet von der Earth Liberation Front (ELF). Übrigens erfolgte dies nach einigen Diskussionen, denn was war nun die eigentliche Relevanz von dem sieben Worte zählenden Text. "Arnhem. Der Verschmutzer bezahlt. Auch alte Rechnungen," so lautete der Text und noch zugefügt, cryptisch: "17 okt. 4.5.V4."

Wird hiermit die Verantwortung des Bombenanschlags auf das Bürogebäude von BASF in Arnhem übernommen? In der Ravage Nr.209 äußert die Redaktion Zweifel über die Authenzität des Schreibens. Dennoch - an dem besagten Abend wird die Presseerklärung verbreitet.

Die Medien

Schon bald wird deutlich, daß die ANP (Allgemeine Niederländische Presseagentur) die Presseerklärung sofort als 'news' bewertet. Innerhalb einer Stunde verbreitet die Presseagentur den Bericht auf niewstelex. Etwas später erwähnt NOS-Teletext (NOS-Niederländische Rundfunk Stiftung, vergleichbar mit dem öffentlichrechtlichen Fern- und Rundfunk) als erste die Erklärung der ELF. Noch etwas später folgen Radioberichte und am Ende des Abends nimmt praktisch jede Nachrichtensendung die Sache ernst, nämlich daß der Bombenanschlag auf das Bürogebäude auf BASF von der ELF war. Mittlerweile haben diverse Journalisten Kontakt mit der Ravage gesucht, um mehr über die Erklärung von der ELF zu erfahren.

Am folgenden Tag, Freitag 3. Mai, scheint das Medienintresse für die Erklärung überwältigend zu sein. Alle Zeitungen schreiben nun von der Meldung. Das Telefon schellt unaufhörlich. Die Mitarbeiter von Ravage gehen damit gelassen um. Damit haben sie nicht gerechnet. Aus verschiedenen Zeitungsberichten wird deutlich, daß das Bastionteam (ein zusammengestelltes Team, welches sich mit den Bombenanschlägen in Arnhem beschäftigt) die Erklärung für authentisch hält. Im Gegensatz zu der Erklärung von der Aktionsgruppe 'ANGST', die durch einen in Dänemark aufgegebenen Brief, die Verantwortung übernahmen für den Anschlag auf die Banque Paribas am 3. Januar. Der Brief war an die Volkskrant adressiert und auf Antrag der Justiz übergeben worden.

Es scheint so, daß die Berichterstattung in den Medien, das Bastionteam aus ihren Stühlen gerissen hat. Auch die vorsichtigen Schlüsse der Redaktion von Ravage, daß der Text in der Erklärung auf eine Bentasonlösung hindeutet, die BASF Ende der 80ziger Jahre in den Rhein fließen ließ, wurde von verschiedenen Medien übernommen und beginnt eine eigene Geschichte zu werden. BASF fühlt sich genötigt eine Presseerklärung zu verfassen, worin sie ihre Entäuschung äußern über die Erklärung von der ELF "zumal die BASF die letzten Jahre sehr viel an ihrer Umweltpolitik getan hat".

Inzwischen machen die Mitarbeiter von Ravage weiter mit ihren alltäglichen Beschäftigungen. Zwei von ihnen fahren nach drei Uhr für ein Treffen nach Hilversum. Scherzend wird dem einzigen übergebliebenen Mitarbeiter Kraft gewünscht - das er erst gucken soll, wenn es schellt ...

Der Einfall

Zirka halb vier schellt es im Redaktionsbüro an der Amsterdammer Van Ostadestraat. Der verbleibende Mitarbeiter, der gerade gehen wollte, öffnet die Tür und steht Auge in Auge mit dem rechter commissaris Vegter von der Destriktsgericht aus Arnhem (vergleichbar mit dem Ermittlungs- oder Untersuchungsrichter). Hinter ihm dreizehn Zivis aus Arnhem und einem uniformierten Amsterdamer Polizisten. Die Erklärung von der ELF soll ausgehändigt werden. Aber der Brief ist nicht mehr da. Zumindest, nicht hier. Er wurde am Ankunftstag vernichtet. Ein normaler Umgang im Büro von Ravage. Presseerklärungen und Bekennerschreiben, wo Aktionen verantwortet werden, werden nach der Bearbeitung vernichtet. Die Redaktion weigert sich ein Hilfsmittel der Justiz zu sein - nach welcher Aktion auch immer. Hätten wir die Erklärung aufbewahrt und an die Justiz ausgehändigt, wäre unsere Arbeit als unabhängiges Medium unmöglich. Aktionsgruppen würden uns in diesem Falle mit ihren Presseerklärungen meiden. Wie soll man dann noch 'actieblad' bleiben?

Der rechter commisaris bekommt also keine Unterstützung. Daraufhin wird ein Hausdurchsuchungsbefehl gezeigt und die Zivis gingen auf die Suche nach dem Schreiben von der ELF. Aber das Interesse von dem Team beschränkte sich nicht nur auf dieses Schreiben. Es wird gefragt nach den AbonenntInnenkarteien. Der Mitarbeiter von Ravage will jedoch nicht mitarbeiten und rief einen Rechtsanwalt, der nicht viel später kam.

Inzwischen beginnen die Kriminalbeamten sorgfältig das Redaktionsbüro zu durchsuchen. Deutlich war, das nicht allein nach dem Bekennerbrief gesucht wurde. Sechs Computer plus Disketten, eine elektrische Schreibmaschine mit Typenrädern, Schablonen, ein Antwortapparat verschwindet alles in die Busse aus Arnhem. Aber auch normale behördliche Angaben, wie Bankauszüge, Abobestellungen, Adressenlisten und Telefonlisten wurden beschlagnahmt. Rund sechs große Säcke voll. Dreizehn Zivis haben vier Stunden lang die Redaktionsräume durchsucht und praktisch jedes Papier in den Händen gehabt.

Beifall

Um ca. sechs Uhr melden verschiedene Medien die Durchsuchung. Schnell kommt eine große Gruppe von Sympathisanten der Ravage in die Van Ostadestraat. Als sie einen Kriminalbeamten mit blauen Säcken aus dem Büro kommen sehen, wird dieser bedrängt. "Bleib von unseren Medien weg!", ruft einer von den Sympathisanten. Ein Sack wird erbeutet. Nun sind nur noch 5 Zivis und der rechter commissaris in dem Gebäude. Diese sehen keine Möglichkeit sich einen Weg durch die wachsende Menge Sympathisanten zu bahnen und warten innerhalb des Gebäudes ab. Die Zivis bewaffnen sich mit Eisenstangen. Inzwischen wird die Polizei von Amsterdam herbeigerufen, um die Menge auseinanderzutreiben. Nach zirka einer Stunde tritt die Polizei auf. Polizisten zu Pferd vertreiben die Menge vor der Tür, danach wird die Menge noch angegriffen von knüppelnden Polizisten. Diese schlagen hart zu. Verschiedene Menschen haben Verwundungen. Drei Sympathisanten werden wegen öffentlicher Gewaltanwendung festgenommen. Am Abend wird noch eine Lärmaktion vor dem Polizeirevier gemacht, um den Arrestierten Mut zu machen. Im Laufe des Samstags kamen sie wieder raus.

Danke!

Redaktion und Mitarbeiter vom 'actieblad' Ravage danken den vielen Sympathisanten die zur Zeit der Durchsuchung ihre Unterstützung ausdrückten - und dafür kräftige Schläge bekamen.

Pressefreiheit verletzt bei Polizeidurchsuchung

Die Redaktion von der Zeitschrift Ravage protestiert scharf gegen die Weise, wie die Hausdurchsuchung am 3. Mai. stattgefunden hat. Dabei hat das sogenannte Bastionteam u.a. sechs Computer, sowie die vollständige AbonentInnenliste, die finanziellen Aufstellungen, Anträge für finanzielle Unterstützung, Telefonlisten, Archivmaterial, Disketten und eine Schreibmaschine mitgenommen. Hierdurch wird die Redaktion ernsthaft behindert ihre journalistische Aufgabe wahrzunehmen und das

echt auf Datenschutz und persönliche Freiheit auf grobe Weise erletzt.
Unter der Maske von 'wir kommen das Bekennerschreiben der ELF holen', hat das Bastionteam aus Arnhem bestehend aus vierzehn Kriminalbeamten die Gelegenheit genutzt, gründlich im Redaktionslokal an der Amsterdamer Van Ostadestraat zu wüten. Das Bekennerschreiben von der ELF, die die Redaktion nach dem Lesen bereits am 25. April vernichtete, ist nur der Anlaß für eine Untersuchung des Abobestands und den Pressekontakten dieser Zeitschrift. Die Beschlagnahme des Abobestands und die vielen behördlichen und finanziellen Angaben bedeuten einen schweren Eingriff in das Recht von Datenschutz und der Pressefreiheit. Die Redaktion der Zeitschrift fordert von der Justiz, daß das Material augenblicklich zurückgegeben wird. Weiter fordert Ravage, daß der Abobestand nicht kopiert wird und daß dies kontrolliert wird durch einen Rechtsanwalt.
Die Redaktion überlegt weiter eine Anzeige zu stellen bei der Amsterdamer Polizei wegen verschwindenlassen von wertvollem Archivmaterial. Ein Kriminalbeamter hat nämlich beim Verlassen des Redaktionsbüros einen Müllsack voll beschlagnahmten Dingen aus seinen Händen fallen lassen. Dies melden Augenzeugen von den Medien. Die Redaktion befürchtet, daß man dieses Material nie mehr zurück bekommt.
Die Art und Weise des Bastionteam, das unter der Leitung steht vom rechter commissaris R. C. Vegter aus Arnhem, zeigt viele Übereinstimmungen met dem von dem Rechercheteam das am 28. September 1994 Hausdurchsuchungen durchführte bei der Stiftung 'Opstand' ('Stichting Opstand' ist ein linkes Journalistenkollektiv und arbeitete für Radio, TV und Printmedien) in Amsterdam. Auch hier wurde eine enorme Anzahl von persönlichen und journalistischen Arbeitsmaterial beschlagnahmt.
Der Charakter der Durchsuchungen bei 'Opstand' und bei Ravage macht deutlich, daß die Justiz in ihren bisherigen Untersuchungen zu den RaRa-Anschlägen und bei den letzlichen Bombenanschläge in Arnhem nicht weitergekommen ist. Das eigentliche Ziel hinter beiden Durchsuchungen ist, das 'Umfeld' (ist im holländischen Original auch in deutsch, da sich erst in den letzten Jahren diese Untersuchungsform durchgesetzt hat. Das Umfeld beinhaltet nicht nach mutmaßlichen Tätern zu suchen, sondern verstärkte Aufmerksamkeit auch auf Gruppen und Einzelpersonen zu richten, die zu einem bestimmten kriminalisierbaren Thema arbeiten.) auszuleuchten von zwei aktiven gesellschaftskritischen Organisationen, die mit journalistischen Berichten in die Öffentlichkeit treten.
Bei der Stiftung 'Opstand' wurden die Hausdurchsuchungen durchgeführt, weil zwei Mitarbeiter von dieser Organisation anfänglich verdächtigt wurden, beteiligt gewesen zu sein bei RaRa-Anschlägen. Später scheint es, daß diese Verdächtigungen ein Deckmantel waren, für das Durchleuchten von aktiven Menschen die Hilfe anbieten an (illegale) Flüchtlinge.
Mit der Hausdurchsuchung bei Ravage, letzten Freitag, wurde das selbe Ziel beabsichtigt und erreicht, unter dem Vorwand, daß man die ELF-Erklärung suchte.

Es ist bitter feststellen zu müssen, daß das openbaar ministerie (vergleichbar mit der Bundesanwaltschaft in der BRD) mit zweierlei Maß mist, wenn es um die Verantwortlichkeit von Presseberichten geht. Im Falle der Volkskrant (sich selbst noch als linksverstehende Zeitung), das letztens einen Bekennerbrief von der unbekannten Gruppe ANGST empfing, wurde die Hauptredaktion von dieser Zeitung noch telefonisch gebeten den Brief abzugeben. Wie es dann auch geschah.
Die Redaktion von Ravage jedoch wird ohne Pardon konfrontiert mit einer Hausdurchsuchung mit großen Folgen. Selbst in dem Fall, daß man die ungewöhnliche Erklärung von ELF ihnen in die Hände gedrückt hätte, wäre doch eine Hausdurchsuchung erfolgt. Die Redaktion von Ravage hatte das sieben Worte zählende Schreiben, daß inhaltlich nach allen Seiten interpretiert werden kann, nach der Bearbeitung am Computer augenblicklich vernichtet. Die Redaktion ist der Meinung, daß der Brief an sie gerichtet war und wünscht nicht mitzuarbeiten an einem Ermittlungsverfahren. Ein unabhängiges journalistisches Medium muß seine journalistischen Quellen sorgfältig schützen, sonst ist mit der freien Meinungsäußerung in diesem Land Schluß.
Ein Überbringer von 'news' muß die Garantie haben, daß sein oder ihr gesprochenes oder geschriebenes Wort nur dem journalistischen Medium zur Verfügung gestellt wird. Die Medien müssen ihre journalistischen Prinzipien behalten und sich nicht als Verlängerung der Justiz begreifen. Oder zumindest es der Justiz so schwer wie möglich machen.
Wir sehen die Durchsuchung und die Beschlagnahme von unseren Sachen als eine regelrechte Provokation an und gehen dann auch heute, Tag der Befreiung, in die Offensive. (Der 5. Mai ist der offizielle Festtag der Befreiung von Okkupation und Faschismus 1945) Auf dem Befreiungsmarkt werden viele Kopien verteilt von dem Bekennerschreiben der ELF. Rate mal, wie kann das? Glaube es oder nicht. Wer ihn haben will, kann ihn kriegen. Herren vom Bastionteam, kommt doch!

Wir fordern:

- unmittelbare Zurückgabe von all unseren Dingen
- keine Kopie von unserem Abobestand und das Recht auf Kontrolle
- stoppen von weiteren Hausdurchsuchungen bei alternative Organisationen


Ravage, Van Ostadestraat 233n, 1073 TN Amsterdam.

Aktueller Stand:

Ein Großteil der beschlagnahmten Sachen sind wieder zurückgegeben worden. Es wird eine Klage eingereicht wegen dem Diebstahl eines Sackes voll mit beschlagnahmten Gegenständen.
Dann noch eine Info, die vielleicht viele interessiert:
Bei der Durchsuchung der Büroräume ist KEINE Post der radikal beschlagnahmt worden! Keine Sorge, die Post kommt weiterhin an! Ihr könnt also weiterhin eure Artikel + Briefe + Kohle im doppelten Umschlag (innen: Z.K., außen die Adresse der Ravage) schicken.

Mit einem Boot nähern sich niederländische Feuerwehrmänner einer Ente, um sie mit der Axt aus dem Eis zu befreien.





BÜNDNIS FÜR GENTECHNIKFREIE LANDWIRTSCHAFT

Zur Erläuterung der umseitigen Forderungen zitieren wir eine gekürzte Fassung der

WETTERAUER ERKLÄRUNG

Mit der Gentechnik ist es möglich geworden, artübergreifend Erbsubstanz neu zusammenzustellen und neuartige Lebewesen zu schaffen. Leben soll durch diese Technik konstruierbar gemacht werden. Es wird damit entwertet und zur Ware gemacht. Dies zeigt sich besonders an den Auseinandersetzungen um Eigentumsrechte und Patentierung. Diese Entwicklung macht auch vor dem Menschen nicht halt. Wir wollen so, weder mit uns noch mit der Natur umgehen. Gentechnologie ist eine Sackgasse. Wir wollen einen respektvollen, würdigen Umgang mit der Natur und den Menschen.
Unsere Vorstellung eines Lebens und Wirtschaftens im Einklang mit der Natur kommt ohne die Gentechnologie aus. Die ökologischen, gesundheitlichen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Folgen dieser Technik sind unabsehbar. Dies gilt regional, national und international.
Freigesetzte Organismen und manipulierte Erbinformationen sind nicht rückholbar und führen zu einer gentechnischen Umweltverschmutzung. Gentechnologie und nachhaltiges Wirtschaften schließen sich aus.
Die Versprechungen der Gentechnologie werden nicht eingehalten. In der Landwirtschaft bedeutet dies:

GESUNDHEITSGEFAHR - Vor allem Nahrungsmittelallergiker befürchten, daß sie durch Genmanipulation gefährdet werden: Neue Inhaltsstoffe in der Nahrung können für uns alle gesundheitliche Gefahren mit sich bringen.

RISIKO - Einmal in die Umwelt freigesetzt, sind gentechnisch veränderte Organismen nicht mehr rückholbar. Wenn gentechnisch veränderte Organismen und Erbinformationen sich ausbreiten, kann das katastrophale Folgen haben. Der Gesetzgeber hat keine umfassende Haftungsregel getroffen. Schäden dieser Art werden bis heute von keiner Versicherung gedeckt.

MONOKULTUR - Die meisten Probleme der modernen Landwirtschaft gründen in ihr selbst: Monokulturen provozieren z.B. massenhaften Schädlingsbefall und in dessen Folge Ernteausfälle. Gentechnisch manipulierte Pflanzen werden diese Probleme verstärken

DOMINANZKULTUR - Gentechnik ist ein Angriff auf noch vorhandene Alternativen zur konventionellen Landwirtschaft und die biologische Vielfalt insgesamt. Pollenflug und Samenausbreitung machen vor Pflanzen und Flächen, die noch gentechnikfrei sind, nicht halt. Die Monopolisierung der Saatgutindustrie bedroht die Produzenten von gentechnikfreiem Saatgut und die gentechnikfrei wirtschaftenden Bauern und Bäuerinnen.

MACHBARKEITSWAHN - Die Agroindustrie behandelt Natur als feindliche Umgebung von Nutzpflanzen, deren Kapitalertrag es zu schützen gilt. Chemie und Genmanipulation sind die Rezepte die sie anbietet. Dahinter steht die Idee, mensch könne die Natur beherrschen, sie so formen wie es beliebt.

ARROGANZ - 80% der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland (repräsentative Umfrage im Januar 95) wollen keine Gentechnik im Essen. Gesetzliche Regelungen werden einseitig auf die Interessen der Industrie zugeschnitten und entsprechen nicht dem Vorsorgeprinzip. Genehmigungsbehörden und Gerichte wischen Proteste und Einwände einfach vom Tisch und lassen die Industrie durchmarschieren.

GROSSINDUSTRIE - Schon die sog. „Grüne Revolution" hat die Landwirtschaft verändert: Hochertragssorten brauchen Kunstdünger, chemischen „Pflanzenschutz" und eine hochtechnisierte Anbauweise auf großen Flächen. Heute wissen wir, daß diese Entwicklung allen geschadet hat. Die Folge: Vernichtung bäuerlicher Existenzen, Gen-Erosion, die Abhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen von industriellem Saatgut, großem Maschinenpark, Krediten und ständig neuen Chemiecocktails.

KAPITALISIERUNG - Im Zoll- und Handelsabkommen (GATT) wurde, vor allem durch die USA, ein Patentrecht durchgesetzt, das Mikroorganismen, Pflanzen und Tiere erfaßt. Die Patente auf Lebewesen sollen sich demnach sogar auf die Nachkommen von patentierter, sog. „lebender Materie" („living matter") erstrecken. Die Industrie will sich dadurch das Wissen und die Jahrhunderte alte Erfahrung der bäuerlichen Landwirtschaft weltweit sowie die Vielfalt der Natur aneignen. Dies ist nichts als Gen-Piraterie.



Ya Basta !!!!

Im wahrsten Sinne des Wortes!

Die Firma AgrEvo - eine Tochter der Chemiemultis Hoechst und Schering - will nicht so recht auf die breiten Proteste gegen die Aussaat und v.a. spätere Vermarktung ihrer BASTA-resistenten Pflanzen hören.

Deswegen haben wir heute dem Freilandversuch in Tarnow (Mecklenburg-Vorpommern) eine Harke geschlagen, sämtlichen genmanipulierten Raps ausgerupft und einer späteren Verwertung entzogen.

Die BRD ist eines der wenigen Länder auf der Welt, in dem das Mißtrauen gegen Genmanipulation tief verwurzelt ist. Dies findet allerdings auf der staatlichen/gesetzlichen Ebene wenig Ausdruck. Die Verhinderung von Freilandversuchen ist (deshalb) jederzeit notwendig und wichtig. Darüberhinaus könnte der öffentliche gesellschaftspolitische Druck auf die Genehmigungsbehörde -das Robert-Koch-Institut in Berlin- ruhig noch zunehmen. Dann würde es erst gar nicht zur Aussaat kommen. Der umfassende Boykott genmanimulierter Nahrung muß in Zukunft eine Selbstverständlichkeit werden.

Schöne Träume? Natürlich - was sonst!

Autonome Genome

23. 5. 1996

PS 1 An alle HobbygärtnerInnen

Die Versuchsfelder sind daran zu erkennen, daß sie eingezäunt sind, meistens mit Schwachstrom (Solarzellenbatterie) versehen, einen Schutzgürtel aus verschiedenen anderen Pflanzen haben und Schilder abgebracht sind ("Versuchsgelände nach §14 Gentechnikgesetz, Versuch mit Herbizid-behandelten transgenen Pflanzen, Betreten für Unbefugte verboten").
Bei Mondschein, mit Harken bewaffnet oder auch die weniger ökologische Variante mit Herbiziden (die nicht den Wirkstoff Glufosinat-Ammonium enthalten), ergeben sich ein paar nette Stunden in frischer Luft.

PS 2 Der "Wetterauer Erklärung" ist von uns erstmal nichts hinzuzufügen.

Ein Brief für Lillie von Vicente aus Mallorca

bitte bei Babylonia abholen
Cuvrystraße 21-23, 10997 Berlin
tel. 6116089

Transparenz in der Zensur bleibt Zensur der Transparenz

oder warum bleibt die feministische Kulturrevolution so erfolglos - der Fall Arranca!

O. Was bisher geschah:

In der „Interim" Nr. 374 haben die FrauenLesben aus dem Hamburger Infoladen Schwarzmarkt den Nichtverkauf der **ARRANCA!** Nr. 8 mit dem Schwerpunkt: SEXualmoralischer Verdrängungszusammenhang begründet. Vorwurf: „... , daß es sich um eine reine Heterobeschreibung von Sexualität handelt bzw. daß es ein Ausdruck vom rollback inklusive der Demontage feministischer Positionen und Geschichte ist."
Das Bild der Käuferln in den Köpfen dieser FrauenLesben sieht so aus: „Uneinig waren wir in der Frage, ob wir diese Arranca-Nummer zumindest an Frauen verkaufen sollten [also an Männer sowieso nicht, d. VerfasserIn]. Dafür spräche für einige, daß den Frauen so die praktische Illustration des patriarchalen rollbacks geliefert würde. Andere waren dafür, um dadurch unsere Kritik nachvollziehbar und überprüfbar zu machen. Dagegen spricht die in der Zeitung verbreitete Verfälschung von feministischer Politik und Geschichte, die gerade für jüngere Frauen nicht unbedingt erkennbar ist. Um die Nachvollziehbarkeit unserer Kritik zu gewährleisten, werden wir ein Archivexemplar der Ausgabe unzensiert mit Fotos für Frauen und Männer zugänglich machen."

I. Intro:
Ein fiktives postmodernes (Nicht-)Verkaufsgespräch im Schwarzmarkt (Hamburg)

Verkäuferin (V): »Du möchtest eine **ARRANCA!** kaufen? Welche denn?«
Kundin (K): »Die Nr. 8«
V: »Soso...«
(Stille)
V: »Wie alt bist Du denn?«
K: »Ich weiß zwar nicht, was es Dich angeht, aber ich bin 19, und Du?«
V: »Sorry, aber seid diesem „Queering the states" muß ich Dich das fragen: bist Du 'ne Frau?«
K: »Du meinst, ob ich Kinder kriegen kann, äh oder meinst Du per Kultureller Definition, oder ob ich mich mit meiner Mutter positiv identifiziere? Okay, ich wurde von der Gesellschaft gezwungen mit Puppen zu spielen. Reicht das?«
V: »Und wie stehst Du da heute zu?«
K: »Wozu?«
V: »Zum Puppenspielen."
K: »Ich hab' sie einem Freund geschenkt, der wollte auch mal.«
(Stille)
V: »Du bist eine Hetera, nicht?«
K: »Je nach dem.« (wird rot)
V: »Stehst Du auch auf Kate?« (wird auch rot)
K: »Wer?«
V: »Kate Moss, die von Calvin Klein.«
K: »Kenn' ich nicht. Kann ich 'ne **ARRANCA!** haben?«
V: »Ne, aber wir bringen bald eine eigene Zusammenstellung ausgewählter feministischer Texte über Sexualität im Patriarchat heraus. Da wird dann dasselbe diskutiert wie in der Arranca, nur richtig, Du weißt doch p.c.«
K: »Ist sie ausverkauft? Wann bekommt ihr sie wieder rein?«
V: »Was meinst Du?«
K: »Die **ARRANCA!**«
V: »Du hast nicht kapiert? Diese Ausgabe der **ARRANCA!** ist für Dich gefährlich, sie verharmlost die männliche Sexualität, da ist ein unglaubliches sexistisches Foto drin. Ich trage schließlich eine Verantwortung."

K: »Du meinst - für mich?«

V: »Ja, auch für Dich Schwester. Du bist jung und unerfahren. Überall droht der symbolische maskuline Sexus, der Blick, du weißt schon, oder?«

K: »Ich nehm's auf mich. Du bist erlöst. Ich werde die **ARRANCA!** ganz bestimmt kritisch lesen, einverstanden?«

V: »Ich kann Dir dieses Heft nicht verkaufen, ist Gruppenbeschluß. Aber wir haben ein Exemplar an einem sicheren Ort zur Ansicht.«

K: »Du meinst, ich habe meine Gewissensprüfung nicht bestanden, unterm Ladentisch verkauft ihr die schon. Zumindest in eurem Kollektiv hat sie jede gelesen, aber ich darf nicht, weil du nicht danebensitzten kannst?«

V: »Du verstehst nicht...«

K: »Doch, ich kann mich von Dir, wahrscheinlich unter Einsatz von Augenbinden an einen geheimen Ort führen lassen, um mir das indizierte Gut mit spitzen Fingern reinzuziehen und wehe ihr erwischt mich beim Nicken, dann sitzt ihr alle um mich herum und wollt mir was von 1973 erzählen!«

V: »Was weißt Du denn von 1973?«

K: »Ich krieg' 'ne Krise!«

V: »Eben! Zuwenig. Du kannst uns treffen, wir sind immer von ...«

K: »Stop mal. Habt ihr die neue „Konkret" da?«

V: »Verkaufen wir seit den Anfang 80ern nich' mehr. Die ham damals eine fürchterlich frauenfeindliche „Sexualität Konkret" herausgebracht. Du weißt schon, die Fortsetzung dieser APO-Männerdominanz. Gremliza ist ja ein absoluter Chauvinist, sagt er selber. Außerdem steht in der neuen Konkret ein Artikel von Klaus Bittermann.«

(Kundin schaut auf die Uhr)

K: »Und, wer ist das?«

V: »Ein Freund von Wiglaf Droste. Hat sogar ein Buch mit ihm herausgebracht. Du weißt, so ein Männerbund. Der reicht von Konkret bis Titanic. Was die Ossis mit dem Eulenspiegel an der Bohley gemacht haben ist die Krönung.«

K: »Du glaubst, das hängt zusammen?«

V: »Es ist alles Ausdruck der gleichen patriarchalen Soße.«

K: »Wo soll das alles enden?«

V: »In einer selbstbestimmten freien Gesellschaft«

K: »In einer von euch bevormundeten und geschlossenen Gesellschaft von Radikal-Tusneldas, die keinen Blick mehr für die gesellschaftliche Wirklichkeit haben und jeden kritischen Diskurs und sei er fehlerbehaftet verhindern. Warum habt ihr nicht eine Stellungnahme geschrieben und diese in jede **ARRANCA!** gelegt? Das sind doch keine Faschos?

V: »Wir haben ja eine Stellungnahme.«

K: »Kann ich die bekommen und 'ne **ARRANCA!**?«

V: »Ne, Gruppenbeschluß, aber die Stellungnahme kannste haben.«

K: »Gib her. Ich versuch die **ARRANCA!** woanders zu kaufen. Ihr verhaltet Euch wie meine Eltern, scheiß autoritär! Tschau.«

II. Der linke Diskurs über Sexualität findet nicht statt

In der Interim Nr. 373 begann KERMIT seine Trilogie über „Was Sie schon immer über Sex wissen wollten ..." (bei Woody Allen geht das ca. mit „und noch nie zu fragen wagten" weiter) und wollte sich an dem inkriminierten **ARRANCA!**-Heft Nr. 8 abarbeiten, ergänzen, erweitern. Fing im ersten Teil auch durchaus vielversprechend an. Dann kam die FrauenLesben-Kritik aus Hamburg und Teil 2 + 3 wurden da, wo es hätte schmerzen können, jämmerlich. Warum?

Um es vorsichtig auszudrücken: Aus Angst vor der eigenen Freud! Das Freud und Leid direkt nebeneinander liegen können, ist eine aufklärerische Annahme mit großer Beweiskraft (Freud, Butler, Benjamin, Theweleit u.v.a.m. sei gedankt). Deshalb zu behaupten, mensch könne nicht mehr zwischen Opfer und Täter unterscheiden, ist reaktionärer Unsinn (siehe FrauenLesben Schrift zu Nummerzehn und Reaktion von Kermit Teil 3 - Anfang und Ende). Da braucht mensch nicht zu relativieren, daß die Psychoanalyse nur auf die inneren Zustände abziele. Den Zusammenhang zu leugnen, daß der Täter vorher Opfer war, deutet auf das von dem Hitlertagebücher-Magazin Stern Letztens angeblich gefundene „Verbrecher-Gen" hin und führt wohl in die abstruseste „NeuRechte" Richtung. Allerdings braucht mensch für sein Entscheidungsvermögen Informationen, gar Details, dann einen Diskurs mit anderen. Zum Thema Sexualität konkret zu werden bedeutet: Wühlen im gesellschaftlichen und individuellem Schmutz, in Repression, Triebschicksalen, Verkehrungen ins Gegenteil, Abwehr, Fetischismus, Sublimierung, Leugnung, Verdrängung. Publiziert wird in der Regel der Auswurf dessen per „Verschiebung und Verdichtung" (und auch die **ARRANCA!** zeigt dies deutlich). Ja, es ist <u>der</u> Diskurs über Herrschaft und Knechtschaft, da ein entscheidender Teil der Sexualität sich aus Herrschaftsverhältnissen ableitet und mit der Libido untrennbar verwoben ist und in jede gesellschaftliche Sphäre hineinreichen. Diese Verhältnisse sind gnadenlos zu reflektieren und zu analysieren. Wem dienen sie und wer zahlt drauf oder geht unter? Eine erste Annäherung könnte lauten: **„Alle, die unter der gesellschaftlichen Repression ihrer potentiellen Sexualität und Sinnlichkeit leiden und um ihre Anerkennung kämpfen."** Aber auch die greift zu kurz, denn viele leiden - einige leiden gern. Leiden sie wirklich gern? Wollen wir allen Leidenden wirklich ihre „Variante" der Sexualität gönnen, was ist mit PäderastInnen? Diese Fragen müssen erlaubt sein, müssen gestellt werden. Dazu ist es nötig wieder eine Stufe mikroskopischer in die Details der sexuellen Praktiken zu gehen und weiter Fragen stellen zu dürfen, zu reflektieren, auch assoziativ zu spielen ohne gleich den Stab über das Gesehene und Gehörte zu brechen. Wir müssen uns auf einen Prozeß immer genauerer Differenzierung einlassen und sämtliches Material freigeben und offenlegen, was zur Analyse sich eignet und das ist alles, was erschienen ist. Zensur macht mundtot und verbessert ... nichts („Namen der Rose" gelesen?). Die Bevormundung, die die FrauenLesben-Gruppe aus Hamburg praktiziert, unterstreicht geradezu die gerechtfertigte Kritik an der zu einem Dogma erstarrten Norm des p.c.-Seins.

Die FrauenLesben aus Hamburg zitieren **ARRANCA!** und kommentieren dann, ein Ausschnitt: „»**Es war vor allem eine Errungenschaft der feministischen Bewegung, bestehende soziale Rollen in Frage gestellt zu haben. Dabei schlug die Diskussion auch ins Gegenteil um.** Das Kritisierte wurde zum Verbotenen, es bildete sich ein Moralkodex, der erneut Rollen festschrieb.« Wenn das tatsächlich gesellschaftliche Realität - und sei es nur in der Linken - wäre, hätten wir in der letzten Zeit beim Benennen/Bekämpfen von Sexismen scheinbar ja nur offene Türen eingerannt." Maos KulturrevolutionärInnen lassen grüßen. Wir zerstören die Symbole, erklären Sie für Tabu und der neue Mensch entsteht. Ne, eher das Gegenteil: Wo es am hellsten ist, da herrschen die Fäkalien, wie Adorno zu sagen pflegte. Wer seine dunklen Seiten öffentlich verstecken muß, versteckt Sie tief drinnen. An einem geschützten Ort, wo die Macht anders gelagert ist, wo der Krieger sein Terrain abgesteckt hat, da läßt er es raus, teilweise gegen seinen Willen. Das hat Frau doch tausendmal ernüchtert vorgefunden oder eine andere Variante: erschrocken über die eigene Sexualität („Ich habe einen Penis und der ist bös. Wenn er steht ist er bedrohlich, ein aggressives Machtsymbol der männlich-aggressiven Sexualität") fanden die Frauen zwar sensible aber nicht mehr funktionstüchtige Männer vor. Dient uns ein Sexmoratorium! Wohl kaum. Ein Teil der Frauenbewegung, wie der sprachlose, nur nickende Teil der Männer muß sich sagen lassen, daß er jeden Zweifel in Lautstärke und unter Androhung von Gewalt oder durch stundenlange Monologe über das letzte patriarchale Jahrtausend aus dem Diskurs entfernt hat (RAF-Diskurs-Taktik: Teil des Problems oder Teil der Lösung).

III. Kermit, der Frosch

Nimmt mensch die Neudefinition der „kulturellen Geschlechter" (Butler/Benjamin) ernst und stimmt ihnen zu, so verschwimmen die Attribute weiblich/männlich und wir erkennen, daß die Geschlechtergrenzen Ausdruck einer Herrschaftsform, einer geschichtlichen Epoche sind und nicht nur oder gar nicht biologistisch begründet werden können, da sind die Grenzen fließend. Wenn dieses Postulat gilt, so ist die Annahme logisch, daß mit bestimmten Attributen, einem bestimmten kulturellen, sozialen und vergegenständlichten Kapital Herrschaft einhergeht, erstmal unabhängig vom Geschlecht. Jessica Benjamin ist als Adorno-Schülerin auf der Suche nach den überhistorischen Machtstrukturen und gesellschaftlichen Bedingungen, die zur Ausübung von Macht führen. Schwerpunkt ihrer Analyse ist, wie bei der Psychoanalyse üblich, die frühkindliche Vergesellschaftung des Menschen. Nun stellt Jessica Benjamin bereits zu Beginn ihres Buches „Die Fesseln der Liebe" fest, daß der Mensch ein soziales Wesen sei (wie bei Marx) und differenziert weiter, es sei vor allem ein intersubjektives Wesen, abhängig von anderen reflektierenden Wesen, vor allem als Baby. Es kann das eigene Potential nur in direkter Abhängigkeit zu einer ersten Erziehungsperson entwickeln. In der patriarchalen Gesellschaftsstruktur bedeutet das Mama, nicht Papa, MAMA!!!!!!! Sie argumentiert weiter, daß der erste Faktor für Abhängigkeit, die Leugnung der Abhängigkeit sei. Warum wollen die FrauenLesben leugnen, das Mama eine zentrale Rolle in der Repressionserziehung spielt, oft nur zu gern freiwillig, sogar eigene frühere Emanzipationsbestrebungen leugnend, angepaßt oder gerade „verzweifelt im Déjà Vu" ihrer eigenen Kindheit gefangen?

Aber auch die Mama bricht gerade auf, sich materiell im Kapitalismus zu entwirklichen. Papa ist bei Benjamin die „Desidentifikationsfigur" von der Mama, mit all seinen ihm durch gesellschaftliche Zwänge oder Privilegien übergebenen Attribute tritt er auf den Plan, je nach phänomenologischer, soziologischer Analyse als geschiedener Mann, Stiefvater, Vater, Freund, etc. Wenn Mitscherlich mit der „Vaterlosen Gesellschaft" oder Thomas Ziehe mit dem „Neuen Sozialisationtypus" recht behalten, bedeutet die Wahl/der Zwang zur materiellen Eigensicherung der Frau für das Kind: Verwahrlosung, TV, Computer, sich auf der Suche nach den Anderen im Nichts der erotisierten Warenbeziehungen mehr oder minder verlieren. (Ist daran dann Mama *schuld?* Mensch muß schon den gesamtgesellschaftlichen Gewaltzusammenhang sehen.) Wobei das nicht für jede/n bedeutet schlechter aufzuwachsen, da liegen die Kriterien, wie immer, kleinbürgerlich schief. Wir haben manches vom Vulkanier Spock und von Pippi Langstrumpf gelernt, was Mama- Papa uns nicht zeigen konnten oder wollten (Toleranz, erstmal zuhören, dann denken, dann antworten, viele unbequeme Fragen stellen, was anders machen als die doofen Erwachsenen). Mit dem Wegbrechen der alten „autoritären" Machtstrukturen eröffnen sich neben dem Risiko der Verwahrlosung auch Freiräume. Nur, wer sorgt für die nahen intersubjektiven Streichelmomente, für den menschlichen Wärmeaustausch, wo bleibt der, wenn auch die Frau sich systemimmanent „befreit" und Geschäftsfrau oder Arbeiterin wird, zunehmend die Machtattribute an sich bindet und nun auch der Mann endlich per „Fernseh-Werbung" ästhetisiert, als irreales Schönheitsideal - Objekt, nun von der Frau gekauft, begehrt werden kann. Immerhin wird der Schmerz beidgeschlechtlich. Mann bekommt eine erste Ahnung, was es bedeutet, als sexuelles Objekt reduziert zu werden. Patriarchatsanalyse ist auch immer (Kritik der) politische(n) Ökonomie. Kermit stellt alle diese Fragen nicht und hört auf, bevor er richtig angefangen hat, geschweige denn, daß sich in dieser Schrift „Transparenz in der Zensur" von den FrauenLesben eine Einschätzung dieser Entwicklung zu lesen war. Wie auch, da Sie sich ausschließlich als Opfer definieren, können und wollen sie nicht wahrnehmen, in welcher Weise die Position der Mama entscheidend ist für die frühe depressive Position des Kindes, gerade des Mädchens. Jessica Benjamin verweist sehr wohl auf die Verantwortung, die ein möglicher Vater tragen muß, indem er die Tochter wie einen Sohn akzeptiert. Und eine Kritik an Jessica Benjamin muß lauten, daß sie die Konsequenz, eine fördernde, nicht disziplinierende Kollektivierziehung unbenannt läßt. Sie bleibt in der Vorstellung einer bürgerlichen Kleinfamilie. Die FrauenLesben empören sich über die Negativeinfärbung von MAMA in der **Arranca!**, nicht über die zudem teilweise falschen Darstellung von Jessica Benjamins psychoanalytischen Studie „Die Fesseln der Liebe" (Sexuelle Phantasien & Zensur, Pornographie), das hat Kermit aufmerksam beobachtet(Teil 2), aber der entscheidende Fehler ist ihm auch nicht aufgefallen, dazu aber später. Teil 2+3 von Kermits Trilogie wirken auf uns wie ein aus Scham abgebrochener ernsthafter Versuch, wirklich schade. Wie war das mit der Ähnlichkeit der schwarzen „AntiFa-Blöcke" auf allen Demos und der Leder - S/M-Szene (Teil 3)? Yeah, die AntiFa ist quotiert und eine der wenigen linken Zusammenhänge, die beidgeschlechtlichen Zulauf erleben. Die Hälfte des (Macho-)Blocks gehört ihnen, den linksradikalen Frauen. Wer A sagt, muß sich <u>nicht</u> be - nehmen; Widerspruch, die Diskontinuitäten betonen. Tu es, zeig die dunkle Seite der Macht und die halten nicht nur Männer in den Händen!!! Ja sicher, das steht, mann braucht es nicht geflissentlich übersehen, oder vorsichtig verklausulieren, bei Jessica Benjamin: Mama kann gefährlich naiv oder auch schlau berechnend sein und Papa ist ein Schwein, vor allem weil ihn keiner mehr kennt, wer war das eigentlich?

IV. Butter bei die Fische

Die Underground-Sexparty-Zirkel der Kreuzberger Linken, die die freie feste Beziehung versuchten, mit bisexuellem Partnertausch und verteufelter Eifersucht sind noch nicht so alt wie die in **Arranca!** besprochenen Sex-Kommunen der Linksbohemians der Sechziger/ Siebziger. Das Lebensgefühl hatte sich seit diesen doch bereits einige mal komplett verändert. Die besetzten Häuser Anfang der Achtziger unterschieden sich deutlich von den 70er Jahre K-Gruppen oder den vielfach unter dem Deckmantel des „Antiautoritären" vollbrachten männlichen „Eroberungen" eines Rainer Langhans (heute so'n Esoterik-Onkel. Der hat diese Tage nur das Vokabular gewechselt - hauptsache es wirkt bei Frauen, nach dem APO-Boom, hocken 'se halt wieder in der ESO-Ecke, die „wissenden Frauen", schauderschüttell, nicht die Form.)

Wir haben nicht ein einziges Mal das Wort „Aids" in Kermits Trilogie gefunden oder so überlesen können, als hätte dieser Faktor eine untergeordnete Rolle gespielt. Wer eine Szene beschreiben möchte, die jetzt so um die dreißig ist und vielfach verzweifelt und bereits viele Tote in der näheren Umgebung betrauern muß (Aids, Heroin, Suff, Selbstmord) muß sich über die haarsträubenden Entwicklungen der letzten 12 Jahre auch Gedanken machen - die Theorie (gesellschaftskritische Psychoanalyse und handlungstheoretische Ansätze + historischer Materialismus) mit der gelebten, erfahrenen oder beobachteten Praxis verbinden. Diese komische Doppelmoral der radikalen Linken (gerade die mancher FeministInnen und in der p.c.-Norm denkfaul gewordenen Machos, die pc reden, aber selbst die Sünde genießen, wie anno ein Papst des 13. Jahrhunderts, um sich danach zyklisch zu geißeln) bleibt unserer Erfahrung nach aus, wenn es konkret wird. Genauso verstummen diese komischen Überbleibsel dieser „Adler"-Schule, die mit ihrer einfachen Logik: „Ficken macht friedlich" als allgemeingültigen Slogan so manche Demo beglückten. Die Realität sah dann wohl selbst bei denen anders aus.

V. Statt pc reden, eine Diskursethik über sexuelle Destruktionskräfte entwickeln

Wir müssen über uns reden. Oft und viel, vielleicht unter gezieltem Einsatz von Drogen, um die Hemmungen schwinden zu lassen. An WG-Tischen nicht nur greinen, sondern auch mal Tacheles reden über die eigene schwarze, dunkle feuchte Seite. Ich höre schon die Rufe: „Die wollen, daß wir uns therapieren. Ne, nie wieder Sorgentelefon spielen für Kaputtniks." Auf das wir gesteinigt werden, doch. Und such' Dir Leute, die Dir auch mal zuhören und Dich reflektieren. Wie hieß es so schön auf einem Flugblatt der „Irrenoffensive", ich glaube es ist aus den Endsiebzigern: „Der einzige Unterschied zwischen „Gesundheit" und „Krankheit" besteht darin, daß der Gesunde sich mit ein bißchem Glück ein genügend

Maß an normalen Strategien bewahrt hat, es verhindert, daß er zum Invaliden oder Patienten geworden ist". Die Psychiatrien sind nur die Spitze des Eisbergs unendlichen menschlichen Leids außerhalb der Mauern. Ja dabei gilt es die Gewinner dieses Profitmaximierungssystems, die diese „Pathologien des Sozialen" (Ein Begriff Axel Honneths) zu verantworten haben, zu brandmarken und ihnen beizeiten das Domina-Kompensationssystem zu entziehen.

Nicht jeder Ansatz der 68ger war verwerflich. Die Kommune 1 nannte sich auch Patientenkollektiv und traf damit für uns den Nagel auf dem Kopf. Denn sind wir nicht alle ein bißchen Bluna? Ver-rückte - auch diskriminierend „psychisch krank" benannt - sind Menschen, die geschädigt sind durch Kleinfamilie, autoritätsgeprägte und sexualitätsfeindliche Erziehung (und da ist Mama zum überwältigend großem Teil die Verbündete von Papa), Schule, Berufsausbildung, Uni, Militär, Ehe, menschenfeindliche Arbeitsplatzorganisation, Wohnbedingungen und Umwelt. Also wir alle. Nur wer sich demonstrativ gesund nennt, leugnet, daß der Kaputtnik einen ungebetenen Teil seiner-/ihrerselbst ausmacht, diese Behauptung „ich bin normal/gesund/p.c." ist potentiell beziehungstötend. Wer hier „Normal" scheint muß über verdächtige Privilegien verfügen oder muß verrückt sein. Die tendenziell zunehmende Beziehungskälte im beginnenden Weltkapitalismus wird uns psychisch weiter in die Knie zwingen. Entweder du bist verwertbar oder ab in die Disziplinaranstalt oder Verwahrlosung. In der Begrifflichkeit der Psychoanalyse werden wir zunehmend an „Objektbeziehungsstörungen" leiden. Negt/ Kluge haben diesen Zusammenhang „Imperialismus nach Innen" (Öffentlichkeit und Erfahrung, 1972) genannt. Wir sind in einen Zustand geraten, aus denen die meisten von uns nicht ohne gegenseitige Hilfe herauskommen. Die gesellschaftlichen therapeutischen Angebote sind Anpassungsknüppel für soziale Krüppel, auch und gerade die in Deutschland mehrheitlich angewandte Psychoanalyse besticht in ihrer reaktionären Haltung, die hier nicht verwechselt werden soll mit den fortschrittlichen Theorien der Gender-Studies. Unser Gesellschaftssystem hat kein Interesse an einer rationalen Eigendiagnose. Sie würde das gesamte System desavouieren. Adorno: „Wäre etwas wie eine Psychoanalyse der heute prototypischen Kultur möglich; spottete nicht die absolute Vorherrschaft der Ökonomie jeden Versuch, die Zustände aus dem Seelenleben ihrer Opfer zu erklären, und hätten nicht die Psychoanalytiker[Innen] selber jenen Zuständen längst den Treueeid geleistet - so müßte ein solche Untersuchung dartun, daß die zeitgemäße Krankheit gerade im Normalen besteht." (Minima Moralia, 1951, S. 68f.) Es geht also darum, in einem von LinksradikalInnen gestalteten dynamischen Prozeß aus therapeutischer Reflexion und Empowerment zu zerstören, was zu zerstören nötig ist und aufzubauen, was relativ schadlos zu erotisieren ist, denn wir können nur selbst-reflektorisch die Unterdrückung kenntlich machen und kämpfen, auf das wir bessere Rahmenbedingungen, eine andere Gesellschaft erreichen. In dieser BRD hat mensch kaum Luft zum atmen und es wird täglich schlimmer.


6. Haß, Zerstörung und konkrete Intersubjektive Beziehungen

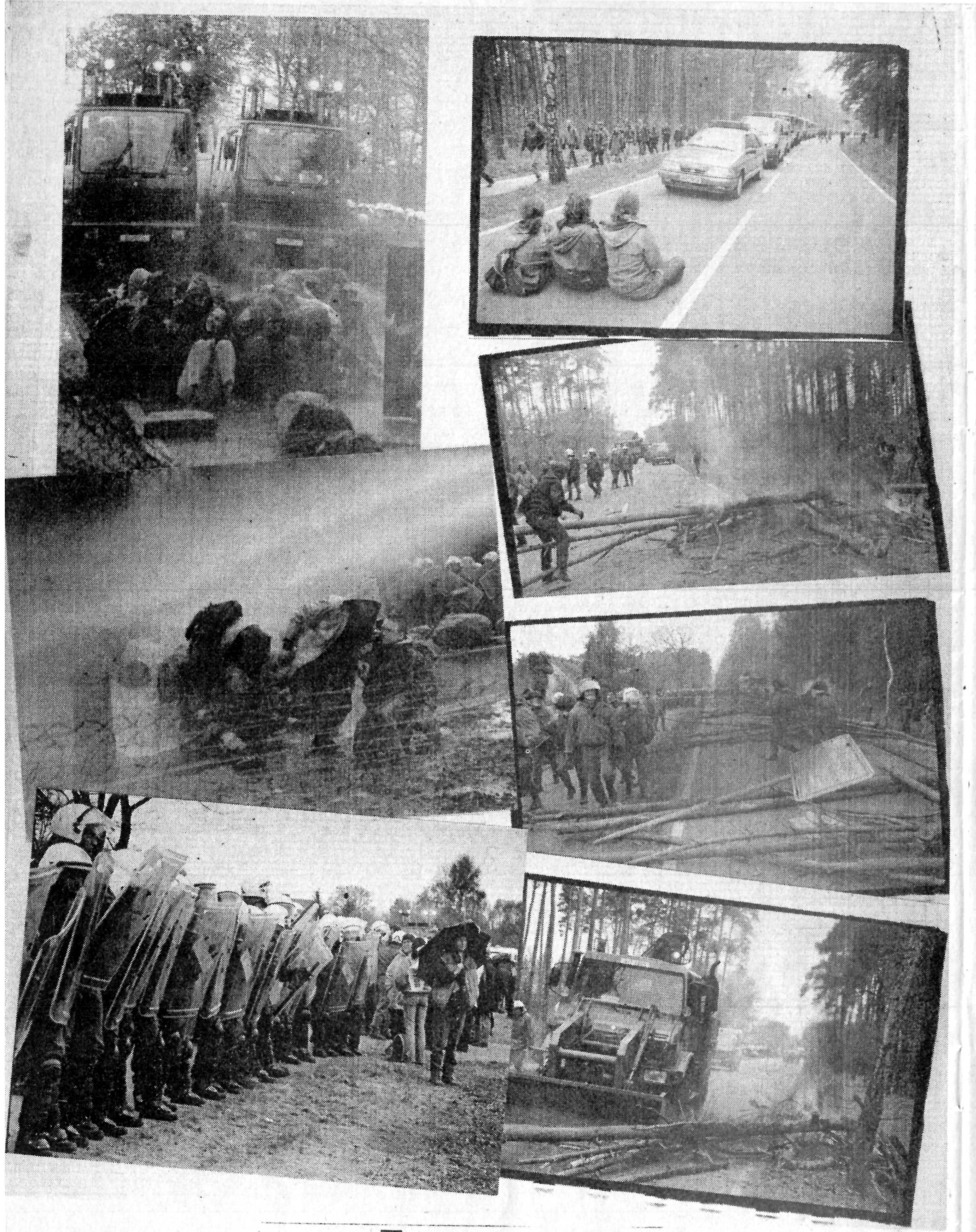
Der Begriff der Zerstörung ist bei Jessica Benjamin von entscheidender Bedeutung, wie es dankenswerter Weise Kermit bereits herausgearbeitet hat: Der Sonic - Youth Titel: „Kill yr. idols!" könnte paradigmatisch für die Theorie Jessica Benjamins stehen. Wie wir es alle in jeder unserer Beziehungen kennen, kommt unweigerlich der Moment, indem wir unser geliebtes Gegenüber zerstören wollen: ein tief von innen aufsteigender Impuls, je älter mensch wird, immer mehr geladen und subversiv unterwandert vom Haß. Da kommen Affektgehalte aus allen unbewußten, unverarbeiteten Kränkungen hoch und schwappen über dem Kopf zusammen. Beim 18 Monate altem Kind sieht das noch verhältnismäßig harmlos aus. Es stürmt irgendwann auf (in der Regel) die Mutter zu und haut wild, voller Entschlossenheit zu. Es will die Mama zerstören. Es ist keine Wut. Es ist eine Art ernstes Spiel. Ein Test, ob die Mutter auch außerhalb der eigenen Vorstellung, als Wesen mit eigenem Recht, existiert. Sie wird symbolisch getötet. Je nachdem, wie die Mutter und das Umfeld auf die Attacke reagieren, „überlebt" das die dann dialektisch zum Subjekt gewordene Mutter (aus der Sicht des Kindes). Wenn es gut läuft, wird sie als fördernde empfunden und vom Kind mit Aufmerksamkeit und einer neuen Stufe größerer Intersubjektivität belohnt, bei Verbot dieses Angriffes, bei Sanktionen oder mindestens genauso gefährlich, bei der Nichtkenntnisnahme/Ignoranz dieses Angriffs entsteht der S/M-Teufelskreis. Dieser Angriff passiert viele Male und es ist die Quersumme dieser Erlebnisse, die das vom Kind erfahrene Arbeits-/Emotionsmodell der primären Erziehungsperson ausmacht, die das Kind verinnerlicht und zur Grundlage macht für weitere Erfahrungen/Kränkungen/Demütigungen aber auch für Erfolge mit oder über jemanden. Es verbleibt ein Kampf um Anerkennung und dieser ist existentiell und zeitlos. Sohn/Tochter AntiFa-Block rennt gegen Mama-Papa Staat, wird sanktioniert oder komplett ignoriert und ist gekränkt und voller anwachsender Wut dabei, Mama-Papa Staat ernsthafter zu verletzen, ihn zu beeindrucken bis der ihn wahrnimmt oder einer von beiden stirbt. Naja, so ernst sollte mensch den letzten Satz nicht nehmen. Aber das Narzißmus-Prinzip ist so anschaulich vereinfacht. Axel Honneths Buch „Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt 1992" sei diesbezüglich ans Herz gelegt, natürlich neben Jessica Benjamins Werk.

Der entscheidende Fehler, der Nummerzehn in der **ARRANCA!** unterlaufen ist, liegt in der traditionellen Vorstellung, daß bereits das Kleinkind mit Allmachtsphantasien und „halluzinatorischer Wunscherfüllung" (Freud) auf die Welt kommt. Die psychoanalytisch orientierte Säuglingsforschung, auf die sich auch J. Benjamin bezieht, beweist: „Sie [die Säuglinge, d. VerfasserIn] nehmen die Realität nachweislich nicht erst als Reaktion auf Frustration oder Spannungszustände wahr, sondern eigentlich immer, und besonders in Zuständen von Spannungsfreiheit im Triebbereich. [...] Wenn man überhaupt am Halluzinationsmodell festhalten will, dann müßte eher postuliert werden, daß eine dauerhaft frustrierende Realität zum Rückzug in Halluzinationen zwingt, [...]"(Martin Dornes, Der kompetente Säugling, 1993, S. 175f.) wobei sich diese Fähigkeiten der Symbolbildung erst gegen Ende des zweiten Lebensjahres ausbilden, zeitgleich mit dem beschriebenen Angriff. So wird Pornographie, zumindest in dem Diskussionszusammenhang von Nummerzehn, nicht zu der von ihm gerechtfertigten und unaustilgbaren Phantasie der Ablösung von der Mutter, sondern zu einem Verweisungszusammenhang, der auf Deformationen durch Nichtanerkennungen von intersubjektiven Bedürfnissen zurückgeht. Unsere <u>Utopie</u> kommt durchaus <u>ohne Pornographie</u> aus. Ein kleiner aber entscheidender Unterschied. Jessica Benjamin hat übrigens in New York eine neue Schule gegründet, deren Namen bei der Differenzierung und Wiedererkennung eines guten innerhalb der vielen sehr unterschiedlichen psychoanalytischen Ansätze hilfreich ist. Sie nennt sich die „relationale Psychoanalyse". Also zukünftig von ihr sprechen, dann verwirrt das nicht so, wenn mensch die Psychoanalyse anführt, nachher ist Norbert Elias oder grandold Freuds Kulturtheorie gemeint und wir müssen kotzen. Eine letzte Bemerkung zu Kermits Vorliebe für Foucaults Strukturalismus. Er grenzt („die unzerstörbaren Dispositive der Macht"), wie auch Adornos Negative Dialektik, an einer Paranoia, die bei beiden lebensgeschichtlich leicht nachzuvollziehen ist. Gutwillig nehmen wir deren Axiome als ständige (durchaus berechtigte) Mahnungen in unseren Diskurs auf. Sicher müssen wir den Diskurs benennen und definieren, in „unseren Medien". Wir müssen doch nicht die Penetrationsleistungsschau in „Liebe Sünde" (Pro 7) nachäffen, dazu zwingt uns keineswegs das „Agenda-Setting" der Sexindustrie. Klar können wir uns nicht dem herrschenden Diskurs komplett entziehen, aber wir können lernen ihn zu kritisieren, zu verneinen, die Fragen anders zu akzentuieren und den Zeigefinger anzuspitzen. Es gibt keine Alternative zur „Sensibilisierung".

die Feuer liebende **Carrie**[•] & R. P. McMurphy[°]
(Für eine radikaldekonstruktivistische Strömung in der revolutionären Linken)

• Pseudonym aus Literatur & Film
° Pseudonym aus „Einer flog über das Kuckucksnest"


DER CASTOR KOMMT
blockieren
demonstrieren
sabotieren



UMBRUCH

VEREINIGUNG ZUR BESSEREN VERBREITUNG
AUFRÜHRERISCHEN BILD- UND SCHRIFTTUMS
EISENBAHNSTRASSE 4, 10997 BERLIN
MO-FR AB 11 UHR, TEL. 612 30 37

„Happy Mondays"

Montagsdemo

WEITERHIN JEDEN MONTAG

16 Uhr BEBELPLATZ 16 Uhr

Ab 3.Juni anschließend gemeinsamer Demonstrationszug mit FU und TU vom **Brandenburger Tor zum Roten Rathaus.**

Gemeinsam gegen Sozial- und Bildungsabbau

Diese Protestaktion gegen die Sparbeschlüsse des Senats zeichnet sich durch ihre Kontinuität aus und wird so zu einem permanenten Protest. Wir rufen alle, die sich „gekürzt" fühlen, dazu auf sich mit Ideen und Redebeiträgen zu beteiligen.

FrauenLesbenAbend im Infoladen OMEGA

ein Treffpunkt für FrauenLesben jeden Donnerstag von 17-20 Uhr 1x im Monat Filme, Lesungen, Diskussionen, Vokü und was ihr gefällt

jeden 1. Donnerstag im Monat um 19 Uhr Einführung in die Datenfernübertragung (DFÜ)

Infoladen Omega Sparrstr. 21
13353 Berlin Tel.: 4537023
U.-Bhf.: Leopoldplatz oder Wedding

ANTIFA WORKCAMP IN BUCHENWALD

VOM 21.7. BIS 27.7.1996

Arbeitsschwerpunkte:

Rekonstruktions- und Aufräumarbeiten im Kleinen Lager, am Krankenbau und an der Genickschußanlage (Pferdestall)

Vorträge und Diskussionsrunden:

Zeitzeugengespräche | Führungen durch die Gedenkstätte | Kurdistan | politische Gefangene | Autonome Antifa(M) | Irland | JW-Presseworkshop | Freie Republik Schwarzenberg | Mexiko | zivile FunktionsträgerInnen in der NS-Zeit | alternativer Stadtrundgang durch Weimar | Griechenland

Infos und Anmeldung:

Antifa Bitterfeld (BAF)
PSF 39
06749 Bitterfeld

R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N. - BdA
Franz-Mehring-Platz 1
10234 Berlin

Unkostenbeitrag pro Tag: 10,- DM (mit warmer Mahlzeit 12,- DM)
Bitte Zelte und Schlafsäcke mitbringen, da Betten nur begrenzt vorhanden sind

Spendenkonto: BdA Halle
Kto-Nr. 2021480 Volksbank
Halle BLZ 800933784
Kennwort Buchenwald

KAMPF DEM FASCHISMUS



AUFRUF ZUM BUNDESWEITEN AKTIONSTAG GEGEN ILLEGALISIERUNG UND KRIMINALISIERUNG VON MIGRANTiNNEN UND GEFLÜCHTETEN FRAUEN AM 28. JUNI 1996

Am 28.Juni wird ein bundesweiter Aktionstag von FrauenLesben-Gruppen aus Bremen, Lübeck, Nürnberg, Bochum, Freiburg, Köln, Hamburg und Berlin veranstaltet.
Eine Aktion in Berlin ist schon in Planung. Es wäre gut, wenn sich andere Frauen oder Frauen-Gruppen daran beteiligen bzw. weitere Aktionen oder Redebeiträge überlegen und organisieren.
Eine FrauenLesben-VV findet am 10. Juni um 19.30 Uhr im Cafe Größenwahn, Kinzigstraße 9 in Friedrichshain (U-Bhf. Samariterstraße) statt.

Do. 30.5.: 19 Uhr; "Das zapatistische Politikverständniss" Veranstaltung mit Martha Duran und Jan de Vos, im Zirkuszelt am Spreewaldplatz

Fr. 31.5.: **DEMO** gegen die öffentliche Vereidigung deutscher Soldaten, 13 Uhr ab Richard-Wagner-Platz (U7)

Sa. 1.6.: **PARTY in der Yorckstr. 59 ab 21 Uhr**

Mo. 3.6.: **DEMO** gegen die NATO-Tagung in Berlin, 17 Uhr ab Adenauerplatz (U7)

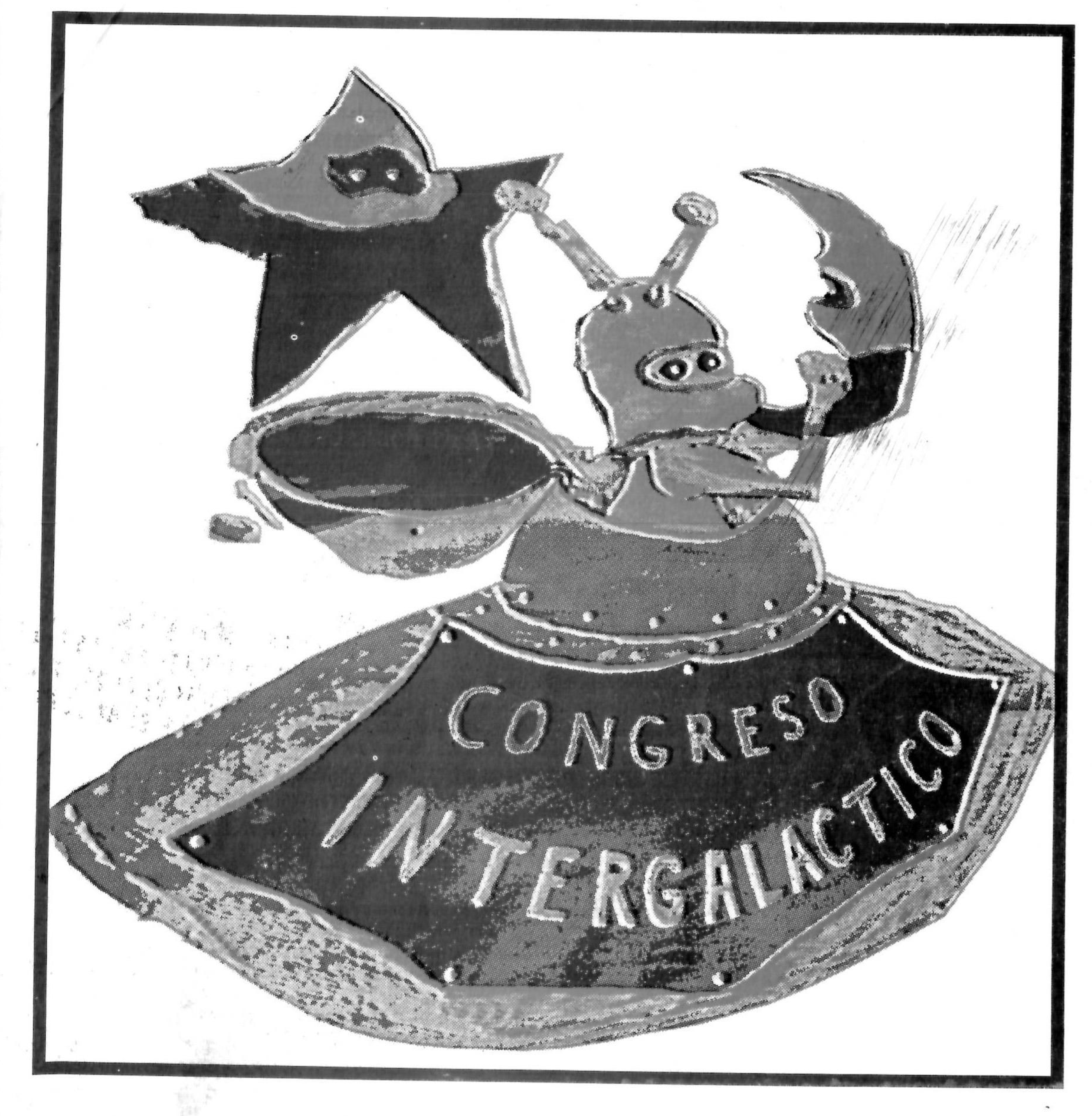
Mo. 3.6. Kritik der Ideologie und Praxis des Zapatismus, Veranst. des rev. Funken, 19 Uhr im A-Laden, Rathenower Str. 22, Moabit

Di. 4.6.: Anti-Papst-Plenum um 19 Uhr im blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr2

Sa. 8.6.: **Antifa-Festival in Marzahn,** ab 15 Uhr am Helene Weigel Platz, S-Springpfuhl, mit den Bands Dritte Wahl (Rostock), No Nonsnz (Hamburg) Burned Out (Hannover), Die Kolporteure (Bln-Marzahn) und Scatergun

Ya Basta!

Fiesta Intergalactica



Vom 30. Mai bis 2. Juni in Berlin

Do. 30.5

Regenbogen Kino 19.00 Uhr Feministische Kurzfilme

BAOBAB 20.00 Uhr Themenabend zu Mexiko mit Filmen. „Sturm über Mexiko" u.a

Köpi 137 21.00 Uhr Filmabend mit „Los más pequeños" (Dokumentarfilm über die zapatistische Bewegung) und „500 Jahre Widerstand"

Fr 31. Mai

KOB 20.00 Uhr lange Filmnacht ak-kraaks neue Videozeitung, „Pancho Villa der Schrei der Gehetzten"
KOB 21.00 Uhr Lesung des Obdachlosentheaters „Die Ratten", danach die „Fanatischen 3+1" Comedy Music Show

Sa 1. Juni

Köpi 137 21.00 Uhr „Der Kongreß tanzt" Party mit Querbeet

KOB 21.30 Uhr FrauenLesben Party mit Judith's Krise Frauenchor, danach Disco

Eimer 23.00 Uhr „Radical Rave" Intergalaktischer Techno-Rave

So 2. Juni

KOB 20.00 Uhr Fiesta Euskal Herrera mit Filmen zu Antimilitarismus, Musik und Essen aus Euskadi

Die ganzen Tage über **El Locco** Fotoausstellung zu Chiapas: Der lange Weg vom Schmerz zur Hoffnung"

SO 36 ab 22.00 Uhr Programm: „Die Bösen Tanten" (Tunten rocken gegen Rechts), Jongleur Jochen, Tonia Tarantel-Trapezperformance, BAZOOKA- Pantomime, danach Disco mit **Black Liberation Sound System.**

ADRESSEN:

SO 36: Oranienstr. 190
U-Bahn Kottbusser Tor
KOB: Potsdamer Str. 157
U-Bahn Kleistpark
Köpi 137: Köpeniker Str. 137
Nähe U-Bahn Kottbusser Tor
BAOBAB-Infoladen:
Winsstr. 53 Nähe U-Bahn Eberswalder Str.
Eimer: Rosenthaler Str. 68
U-Bahn Rosenthaler Platz
El Locco: Kreuzbergstr. 43
Nähe U+S-Bahn Yorkstr.

Kontakt unter: Tel: 694 61 01

V i S d P Mexico Gruppe im FDCL, Gneisenaustr 2a
Gestaltung Umbruch-Bildarchiv